

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- Frankreich nach der Präsidenten- und vor der Parlamentswahl
- Die Türkei nach dem Referendum
- Schleswig-Holstein hat gewählt
- Das geht auch Vegetarier und Veganer an: Mannheimer städtische Fleischversorgung vor dem Aus
- Köln: Eindrucksvolle Proteste gegen den AfD-Parteitag
- Kalenderblatt, 15. Juni 1958: Die Reform der dänischen Volksschule – auf dem Weg zu einem einheitlichen Schulsystem

Ausgabe Nr. 5 am 11. Mai 2017, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Bundeswehr: Armee im Einsatz

Nachdem die Verteidigungsministerin die Kommandeure der Bundeswehr nach Berlin einbestellt hatte, ordnete der Generalinspekteur an, sämtliche Unterkünfte nach Wehrmacht- und Nazi-Kultgegenständen zu durchsuchen. Die Bundeswehr muss dazu das Halbdunkel ihrer Kasernenwelt, in dem sich durchgreifende Kontrolle und gezieltes Wegsehen überkreuzen, ausleuchten. Gestern war es noch kunstvolle Menschenführung, auch einmal wegzusehen, heute sieht das stark nach Vernachlässigung von Vorgesetztenpflichten aus. Die Verteidigungsministerin hat sich den Konflikt nicht ausgesucht. Oberleutnant Franco A. hat Todeslisten zusammengestellt, Munition, die Rede ist von 1000 Schuss, entwendet und auch Granatzünder auf die Seite gebracht. Dies geschah im Geheimen, war wohl kaum ohne Mitwisser. Seine völkische, rassistische Gesinnung hat A. nicht verhehlt, nicht in dienstlich angefertigten Schriften und nicht in seinem Kasernenleben, wo sich an Waffen und Wänden Nazi-Gekritzel und Kultgegenstände zur Ehrung von Hitlers Wehrmacht vorfinden; Zeichen eines Milieus der Verherrlichung von Gewalt. Nun gehört es zum Beruf des Soldaten, auf Befehl „der Politik“ Gewalt zu üben. In dieser Formel ist die Stelle des legitimen Befehlsgebers variabel. A. hat sich durch politische Stimmungen und Strömungen ermächtigt und durch Traditionen bestärkt gefühlt. Die Ächtung jener Traditionen durch den aktuellen Befehlshaber wird nicht ausreichen. Im geltenden Eid wird den Soldatinnen und Soldaten „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes“ als legitimierender Einsatzgrund genannt. Schon ein kleiner Einschub wie „die Menschenrechte zu wahren“ würde vieles ändern, freilich auch die Verfügbarkeit der Armee im Interventionskrieg. *Martin Fochler*

Mannheim: Das kurdische Flaggenverbot und der DGB

Die diesjährige Mai-Demonstration und Mai-Kundgebung in Mannheim waren ein Erfolg. Und trotzdem gab es ein großes Ärgernis, über das man nicht einfach hinweggehen sollte. Entgegen den Vorjahren wurde dem kurdischen Verein in diesem Jahr auf dem Marktplatz, dem Kundgebungsplatz der Maifeier, kein Platz für einen Imbiss-Stand zur Verfügung gestellt. Begründet wurde das Vorgehen von Seiten der verantwortlichen Personen des DGB mit den Problemen, die Mitglieder des Vereins im letzten Jahr bereitet hätten. Drei Flaggen mit dem Konterfei des PKK-Führers Abdullah Öcalan sind

damals während der Maidemo gezeigt worden. Es gibt das sogenannte PKK-Verbot seit 1993. Dieses „Betätigungsverbot“ für Anliegen der PKK schließt das Zeigen von mittlerweile 60 Fahnen und Symbolen des kurdischen Widerstands ein. Auch das Zeigen des Bildes von Öcalan fällt unter dies Verbot. Öcalan ist für viele, wahrscheinlich für die meisten, Kurden ein großes Symbol des Widerstandes. Am 2. März dieses Jahres wurde dieses Verbot nochmal verschärft und ausgeweitet. Kenner der Materie sagen zu Recht, dass dieses Verbot einem allgemeinen politischen Betätigungsverbot für Kurden gleichkommt. Dieses Verbot ist skandalös, da es die bekanntermaßen undemokratische und kundenfeindliche Politik der türkischen Staatspräsidenten Erdogan legitimiert. Und was macht der DGB? Im Flugblatt des kurdischen Vereins heißt es: „Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, auch des DGB, an der Seite der Unterdrückten zu sein. Es ist absolut unakzeptabel, wenn die Gewerkschaften der Logik der Unterdrücker-Staaten folgen und sich genauso verhalten würden.“

Roland Schuster (aus Kommunal-Info Mannheim 9/2107)

EU Kommission fördert Schwarzarbeit und Briefkastenfirmen

Der kürzlich vorgestellte Gesetzesvorschlag für eine europäische Dienstleistungs-e-Karte ist der vorerst letzte Versuch der Kommission, wirtschaftliche Freiheiten im Binnenmarkt zu fördern, ohne Rücksicht auf soziale Belange zu nehmen. Die neue e-Karte soll es erleichtern, grenzüberschreitend Dienstleistungen zu erbringen, und administrative Hindernisse verringern. Im Fokus sind die Bau- und Reinigungssektoren, da deren grenzüberschreitende Mobilität angeblich zu gering sei. Schaut man jedoch hinter die Kulissen, entdeckt man einige bekannte Elemente, mit denen die Kommission bereits in der Vergangenheit versuchte, auf Kosten der Allgemeinheit die europäischen Märkte zu deregulieren.

Unter anderem bedient sich der Vorschlag des Herkunftslandprinzips für die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen, was in der Vergangenheit schon bei der Debatte um die Entsendung von Arbeitnehmern kritisiert wurde, da es in der Praxis Scheinentsendung begünstigt. Des Weiteren untersagt es der Gesetzesvorschlag den Aufnahmelandern, in denen die Dienstleistungen ausgeführt werden und Kontrollen der Arbeitsbedingungen stattfinden, Dokumente und andere Belege für die Einhaltung geltenden Rechts direkt vom Unternehmen anzufordern. Stattdessen müssen diese auf bürokratische Weise

vom Heimatland angefordert werden.

Da die e-Karte elektronisch beantragt werden kann, stellt sich auch dieselbe Frage, die sich in der inzwischen auf Eis gelegten Debatte zur Ein-Personengesellschaft (SUP-Richtlinie) gestellt hat: Entsprechen die Angaben der Realität oder handelt es sich schlicht und ergreifend um eine Briefkastenfirma, mit der Steuer- und Sozialabgaben vermieden und Tarifverträge umgangen werden sollen. Da die e-Karte auch Soloselbständigen offensteht, könnte sie auch als Vehikel zur Beförderung von Scheinselbständigkeit missbraucht werden.

Gesetzeslücken im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr erlauben es, Steuern, Sozialabgaben und sogar Lohnkosten zu vermeiden. Das betrifft vor allem die Baubranche. Beispiel: ein Unternehmen aus Mitgliedsstaat A gründet eine als Leiharbeitsfirma getarnte Briefkastenfirma in Mitgliedsstaat B, wo Unternehmenssteuern niedrig sind, um von dort Beschäftigte aus Mitgliedsstaat C für niedrige Löhne nach Mitgliedsstaat A zu entsenden, wobei die dortigen Lohnnebenkosten, Sozialabgaben und Steuern vermieden werden. Diese Art von Ausbeutung ist inzwischen gang und gäbe und hat bereits zu empfindlichen

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich)

eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Wettbewerbsverzerrungen geführt. So werden u.a. Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten bei Krankheit und ähnlichem umgangen.

Selbst die Arbeitgeberverbände der Bau- und Reinigungssektoren teilen die Einschätzung der Gewerkschaftsseite, dass die e-Karte die bestehenden Probleme verstärken könnte. Darum forderten sie die Kommission auf, von ihrem Gesetzesvorschlag abzusehen. Die Kommission hingegen blieb davon unbeirrt, nicht zuletzt da die branchenübergreifenden Sozialpartnerverbände, die mit der branchenspezifischen Problematik nicht ausreichend vertraut sind, den Vorschlag zunächst positiv aufnahmen. Inzwischen hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) seine Position geändert, nichts desto trotz liegt der Gesetzesvorschlag inzwischen dem Europaparlament und den Mitgliedstaaten vor, die stark von der Kommission bearbeitet werden. Insbesondere in den neuen Mitgliedsstaaten erhofft man sich von der e-Karte eine bessere Wettbewerbsposition.

Stephen Schindler, Brüssel

Eine Europäische Säule sozialer Rechte?

Am 26. April veröffentlichte die EU-Kommission die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR). Vorausgegangen war eine einjährige Konsultationsphase, an der sich Gewerkschaften, Sozialverbände und viele andere beteiligt haben. Anders als der Titel nahelegt, enthält die ESSR selbst keine Rechte, sondern unverbindliche Prinzipien. Die Kommission schlägt vor, die ESSR als gemeinsame Erklärung von EU-Parlament, Rat und Kommission zu verabschieden. Dies soll bei dem Sozialgipfel am 17. November 2017 in Schweden geschehen.

Die Säule enthält 20 soziale und beschäftigungspolitische Prinzipien, die in drei Kapitel gegliedert sind: 1. Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2. faire Arbeitsbedingungen und 3. Sozialschutz und soziale Inklusion. Laut Kommission solle die ESSR bestehende Rechte bekräftigen und sie weiterentwickeln. Neu ist das soziale Scoreboard zur ESSR. Es soll die Fortschritte messen, welche die EU in Richtung einer „sozialen Triple-A-Wertung“ macht. Diese hatte Kommissionspräsident Juncker im Oktober 2014 als Ziel ausgegeben. Das Scoreboard umfasst 41 soziale Indikatoren und wird in das Europäische Semester eingefügt.

Die ESSR bringt keinen Paradigmenwechsel für die Sozialpolitik in der EU. Das Primärrecht soll nicht geändert werden, etwa durch eine soziale Fortschrittsklausel oder den Beitritt der EU zur Sozialcharta des Europarats. Beides hatte

das Europäische Parlament für die ESSR gefordert. Es werden somit keine neuen EU-Kompetenzen für die Sozial- und Beschäftigungspolitik vorgeschlagen, mit denen den harten ökonomischen und fiskalpolitischen Regeln gesetzgeberisch etwas entgegengesetzt werden könnte.

Jedoch wird die ESSR von einigen Maßnahmen begleitet, die soziale Fortschritte mit sich bringen könnten. Eine neue Richtlinie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll höhere Mindeststandards für Elternzeit, Vaterschaftsurlaub und Pflegezeiten schaffen. Zu zwei Vorschlägen hat die Kommission Konsultationen der Sozialpartner nach Artikel 154 AEUV begonnen. Diese sollen in eine neue Richtlinie zum Sozialschutz für Menschen in flexiblen Arbeitsverhältnissen und zu einer Überarbeitung der Richtlinie zur Unterrichtung von Arbeitnehmern münden. Außerdem veröffentlichte die Kommission eine interpretative Empfehlung zur Arbeitszeitrichtlinie.

Im Rahmen des im März 2017 begonnenen Weißbuch-Prozesses stellte die Kommission außerdem ein Reflexionspapier zur zukünftigen sozialen Dimension Europas vor. Drei mögliche Szenarien werden darin durchgespielt, jeweils begleitet von einer Pro-Kontra-Liste. Die Szenarien reichen von Rückkehr zu einem reinen Binnenmarkt, womit laut Kommission bestehende soziale Rechte auf EU-Ebene abgebaut würden, über eine soziale Zusammenarbeit der Willigen bis hin zur gemeinsamen Vertiefung der sozialen Dimension mit allen 27 Mitgliedstaaten.

Thilo Janssen, Brüssel

Vorgänge rund um den Brexit

18. April: Premierministerin Theresa May kündigt vorgezogene Neuwahlen zum britischen Unterhaus für den 8. Juni 2017 an. (2015: Tories mit Cameron gewinnen; UKIP oben auf; Labour sehr schwach; Liberale marginalisiert.)

26. April: Boris Johnson (ehemaliger Bürgermeister von London, glühender Brexiteer und jetzt Außenminister GB) will britische Beteiligung an Militärationen der USA in Syrien auch ohne Parlament. **27. April:** „Ein Drittstaat kann nicht über die gleichen Rechte verfügen wie ein Mitglied.“ Rede Merkels vor dem deutschen Bundestag. **28. April:** Die Staats- und Regierungschefs von 27 EU-Mitgliedsstaaten beschließen eine 46 Punkte umfassende Leitlinie für die Austrittsverhandlungen mit GB: zuerst Klärung der Grundsatzfragen, u.a. Status der EU-Bürger in GB und Status der Briten in den EU-Staaten; Kosten für GB aus Vertragsverpflichtungen – bis zu 100 Milliarden Euro; EU-Außengrenze zwischen Nordirland und Republik Irland

– ein Alptraum!); dann erst Verhandlungen über neue Vertragsverhältnisse, wirtschaftliche und in Fragen übernationaler Aufgaben. **4. Mai:** Regionalwahl in GB: Tories: große Zugewinne (Mehrheit in 28 von 38 Kommunen; plus 11), Labour sackt ab (9 Kommunen, minus 7), Ukip ist erledigt (nur noch 1 Mandat von vorher 114; Mehrheit in einer Kommune hatten sie nie). Liberale – die einzige uneingeschränkt proeuropäische Partei – ungefähr gleich (441 Mandate, minus 37). Zur Beachtung: London wählte nicht, Nordirland wählte nicht. Wahlbeteiligung unter 40 Prozent. **7. Mai:** Theresa May gratuliert Macron: große Bandbreite gemeinsamer Prioritäten (zitiert nach Phoenix, 7.5.17). *Eva Detscher, Karlsruhe*

USA, 4.5.2017: Knappe Mehrheit für „Trumpcare“

Sechs Wochen nach den ersten beiden gescheiterten Versuchen (s. Politische Berichte 4/2017) hat das US-Repräsentantenhaus am 4. Mai 2017 mit knapper Mehrheit von 217 zu 213 nun doch einen Gesetzentwurf Trumps angenommen, der Obamacare, das von Obama durchgesetzte bestehende Gesundheitsgesetz, abschaffen soll. Auch wenn das Gesetz als nächstes noch vom Senat verabschiedet werden muss, wo die Mehrheit der Republikaner knapper ist, und im Falle einer Ablehnung im Senat an das Repräsentantenhaus zurückverwiesen wird, konnte Trump damit einen ersten Erfolg in seinem Feldzug gegen Obamacare erreichen. Soweit bekannt, sollen gutverdienende Amerikaner steuerlich um 600 Milliarden Dollar entlastet werden. Dazu werden die Abgaben gestrichen, die sie unter Obamacare für die staatlichen Subventionen zahlen mussten. Gleichzeitig soll die staatliche Sozialversicherung Medicaid gekürzt werden, obwohl Trump im Wahlkampf das Gegenteil versprochen hatte. Ein zentraler Punkt ist die Aufnahme von Patienten mit Vorerkrankungen. Der Zwang, Patienten mit Vorerkrankungen ohne Mehrbelastung in eine private Versicherung aufzunehmen, wird abgeschafft. Versicherungen können Personen wieder ablehnen oder mit Extra-Beiträgen belegen, wenn sie Vorerkrankungen haben. Einige Obamacare-Details bleiben auch bestehen, etwa die Vorgabe, dass Personen bis 26 Jahre in der Versicherung der Eltern mitversichert werden können. Ein Erfolg für republikanische Hardliner ist, dass künftig in den einzelnen Bundesstaaten entschieden werden kann, ob bestimmte Leistungen etwa für Schwangerschaft oder Notfallhilfe in der Versicherung enthalten bleiben.

Christoph Cornides, Mannheim

Frankreich nach der Präsidenten- und vor der Parlamentswahl

Macron hat den zweiten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen gewonnen. Die nächste Hürde steht in einem Monat an.

Die im Juni stattfindende Wahl zur Assemblée Nationale, dem Parlament, könnte Macron in die Cohabitation (*) zwingen, und damit wären die Möglichkeiten des Staatspräsidenten deutlich eingeschränkt. „En Marche“, mit der er die Kampagne geführt hat, ist noch jung, Bewegung, keine Partei mit ausgereiften Strukturen, und es muss ihnen gelingen, mit einer starken Fraktion in die Nationalversammlung einzuziehen oder gar eine Mehrheit der Sitze der Assemblée

Nationale zu gewinnen. (**) Es gibt optimistische Prognosen, die das für möglich halten, zumindest könnte eine nicht unbedeutende Anzahl Abgeordneter erreicht werden.

Sollte sich Macron nach den Wahlen zur Nationalversammlung für seine Projekte wechselnde Mehrheiten und unterschiedliche Unterstützer beschaffen müssen, könnte die französische Linke Nützliches liefern:

Reformen im Arbeitsrecht; der Unternehmensbesteuerung und der Sozialabgaben: der Umbau und die Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen; Anpassungen im Rentenrecht und der

Rentensysteme; strukturelle Änderungen im Bildungssystem – bei der beruflichen Bildung und den sozialen Brennpunkten – die französische Gesellschaft ist auf vielen Feldern dringend reformbedürftig.

Und im politischen System weitere Elemente von Good Governance unterzubringen, wie etwa das Verbot Familienangehörige zu „beschäftigen“ oder die Anforderung, dass Parlamentarier alle Einkünfte versteuern müssen, wer wird sich dem verschließen wollen! Es können sich etliche Punkte finden lassen, bei denen die Linke das ihre dazutun und nicht nur dagegen sprechen kann.

Le Pen contra Macron, die Schere Stadt-Land

dokumentiert aus Neue Zürcher Zeitung vom 5. Mai 2017

Neun der zehn einwohnerreichsten Städte ... alle wählten sie mehrheitlich Macron. Nur in Marseille ... gaben ihm die Wähler nur 20,4 Prozent ihrer Stimmen.

Dass eine Rechtspopulistin in städtischen Gebieten nicht gut ankommt, schon gar nicht in der Hauptstadt, ist ein internationales Phänomen. Auch Donald Trump war in New York nicht erste Wahl, London lehnte den Brexit ab, und Erdogans Verfassungsreferendum wurde in Istanbul und Ankara abgelehnt.

Paris zerfällt traditionell bei Präsidentschaftswahlen in zwei Lager: Der westliche Teil bevorzugt rechte, der östliche linke Kandidaten. Das war in dieser ersten Wahlrunde nicht anders: Im Westen der Stadt gewann François Fillon, im Osten Jean-Luc Mélenchon. Diesmal aber war die Stadt nicht zwei-, sondern dreigeteilt ...: Macron, weder links noch rechts, überzeugte das Zentrum – in den Arrondissements 1 bis 5, 9 bis 15, 17 und 18 erhielt er die meisten Stimmen. Im Paris holte Marine Le Pen ihre wenigen Stimmen vor allem am Stadtrand ... In der Agglomeration war der Wähleranteil des Front national jeweils stärker als im Zentrum. Viele Stimmen errang Le Pen in ländlichen Regionen und kleinen Städten am südöstlichen Mittelmeer, zudem im industriellen Nordosten.

Aber nicht überall geht die Stadt-Land-Schere so weit auseinander. Betrachtet man die Wählerdaten der fast 36 000 französischen Gemeinden im Detail, so zeigt sich ein differenziertes Bild. Tatsächlich gibt es eine Tendenz zu hohen Wähleranteilen für Marine Le

Pen in Ortschaften mit tiefen Einwohnerzahlen – und umgekehrt zu hohen Wähleranteilen für Emmanuel Macron in Ortschaften mit hohen Einwohnerzahlen. Aber diese Tendenz, oder Korrelation, ist nicht sehr stark.

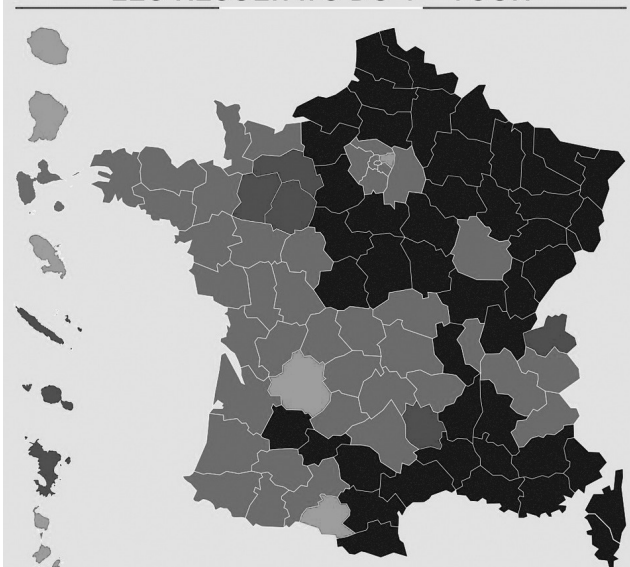
Zahlreiche Ortschaften passen nämlich nicht in das Muster der Stadt-Land-Schere. Viele Klein- und Kleinstgemeinden im Jura, in den Alpen, den Pyrenäen oder am Meer in der Bretagne wollen ganz und gar keine Front-national-Präsidentin ... Im Gegenzug holt sie in zwei großen Städten am südöstlichen Mittelmeer mehr Stimmen als Emmanuel Macron: in Marseille (23,7 Prozent) und in Nizza (25,3 Prozent). Besonders im Südosten Frankreichs und in der Bretagne ist die Kluft zwischen Stadt und Land nicht sehr tief. Ländliche Gemeinden der Bretagne wählten – wie die Hauptstadt Rennes – häufiger Macron, Städte am südöstlichen Mittelmeer – wie die umliegenden Dörfer – eher Le Pen.

Städte wählten auch je nach ihrer demografischen Zusammensetzung unterschiedlich. Wo viele Arbeitslose wohnen, erzielte Le Pen bessere Resultate, in Städten mit vielen Studierenden übertraf Macron die rech-

te Kandidatin. Vergleicht man große Universitätsstädte mit Nachbarstädten ähnlicher Größe (und einer kleineren Universität oder Hochschule), so treten diese Unterschiede zutage: In der Universitätsstadt Nancy erzielte Marine Le Pen viel weniger Stimmen als in der Nachbarstadt Metz. Und dasselbe gilt für die Universitätsstadt Rouen und deren Nachbarstadt Le Havre.

Auch die Agglomerationen der großen Städte verdienen einen differenzierten Blick: In wohlhabenderen Banlieues entschieden sich die Wähler eher für Fillon und Macron, in einkommensschwächeren Banlieues eher für Le Pen und Mélenchon.

LES RÉSULTATS DU 1^{ER} TOUR



Ergebnis des ersten Wahlgangs: Welcher Spitzenkandidat hat in welcher Region Frankreichs und in den Überseeregionen gewonnen? Legende zur regionalen Verteilung: Mélenchon (hell – in drei Regionen), Macron (grau – vor allem im Westen und Paris), Fillon (dunkelgrau) und Le Pen (schwarz – vor allem im Norden, Osten und Süden).

Zahlen zur Wahl

Macron hat im zweiten Wahlgang 66,1 % der Stimmen erhalten, Le Pen 33,9 %. Das sind 20,7 Millionen bzw. 10,6 Millionen Stimmen. (4) Die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang war mit 74,7 % niedrig wie seit 1969 nicht mehr: 12 Millionen Wahlberechtigte haben nicht am Wahlakt teilgenommen (10 Mio. im ersten Wahlgang). Drei Millionen Stimmen wurden „weiss“ (blanc) abgegeben, also für keinen der Kandidaten. (***) Eine Million Stimmzetteln waren ungültig.

Nach derzeitigem Stand hat Macron alle Departements gewinnen können außer Aisne (52,9 %) im Norden und Pas-de-Calais (52,0 %) im Nordwesten. Le Pen hat aber in 32 von 102 Departements mehr als 40 % der Stimmen erhalten. Und Le Pen hat das Ergebnis des FN gegenüber der Wahl 2002, als der FN erstmals in die Stichwahl gelangt war, mehr als verdoppelt. In 26000 Kommunen hat Macron die Mehrheit erzielt, in 9200 Le Pen.

Ein Blick auf den ersten Wahlgang (siehe Karte) zeigt die Gewinner in den Regionen. Macron hatte die meisten Stimmen (8,6 Mio.) erhalten. Le Pen (7,6 Mio.), Fillon (7,2 Mio.) und Melenchon (7,0 Mio.) lagen nicht dramatisch weit auseinander. Aus der Landkarte lässt sich ablesen: Macron wird in den großen Städte und an der Atlantikküste bis hin zur Mitte gewählt.

Le Pen erzielt ihre besten Ergebnisse im Norden und Osten sowie in den mediterranen Regionen.

Die Zeitschrift Le Monde hat sich Phänomene des Wählerverhaltens nach den Stichworten Zentrum und Peripherie, Stadt und Land sowie sozialer Status angeschaut. Die dokumentierten Auszüge sind aus der NZZ.

Die französische Linke tritt bei den Parlamentswahlen nicht als arithmetische Größe an. Die PS – noch Regierungspartei – könnte gegen ihre Bedeutungslosigkeit kämpfen müssen. Wofür Melenchons 20 % gut sein werden, weiß wahrscheinlich nicht mal er selber. Die PCF hat sich bereits im Präsidentschaftswahlkampf für Melenchon aufgerieben. Ob es allein für das Parlament reichen wird? Und wenn es inhaltlich dabei bleiben sollte, das unter „neoliberal“ alles abgespeichert wird, was „neoliberal“ sein muss, dann wird es spätestens in fünf Jahren vielleicht ein böses Erwachen geben.

Man kann den Sieg von Emmanuel Macron auch als Chance für die französische Linke begreifen.

Matthias Paykowski, Karlsruhe, 8.5.17

(*) Cohabitation beschreibt die Situation, in der Präsident und stärkste Fraktion im Parlament aus unterschiedlichen politischen Parteien oder Lagern kommen, der Präsident also über keine eigene Mehrheit in der Nationalversammlung verfügt.

(**) 577 Abgeordneten der Nationalversammlung werden am 11. und 18. Juni in allgemeiner, direkter Wahl gewählt. In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt, nach dem Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen. Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen sowie mindestens ein Viertel der Stimmen der eingeschriebenen Wähler erlangt. Im zweiten Wahlgang kann antreten, wer im ersten Wahlgang mindestens 12,5 % der Stimmen der eingeschriebenen Wähler erhielt. Es reicht dann die relative Mehrheit.

(***) Stimmenthaltungen (votes blancs) und ungültige Stimmabgaben (bulletins nuls) werden seit dem Gesetzes vom 21. Februar 2014 bei allen Wahlen getrennt gezählt. Die Anzahl der Stimmenthaltungen wird bei den Wahlergebnissen erwähnt, zählt aber nicht zu den abgegebenen Stimmen. Mit dem Verfassungsgesetz vom 25. April 2016 wurde dieses Verfahren auch auf die Präsidentschaftswahlen ausgeweitet.

#

Quellen:

1 <https://www.nzz.ch/international/aktuelle-themen/macron-als-liebling-des-urbanen-publikums-und-der-fischer-le-pen-scheitert-in-paris-ld.1288525>

2 Le Monde, 25.4.2017: http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2017/04/25/presidentielle-macron-favori-des-centres-aises-le-pen-des-campagnes-melenchon-des-banlieues_5117257_4355770.html?utm_campaign=Echobox&utm_medium=Social&utm_source=Twitter#link_time=1493132796

3 Französisches Innenministerium: Vorläufiges Wahlergebnis: <http://elections.interieur.gouv.fr/presidentielle-2017/FE.html>

4 Auf der Seite des Umfrage-Institut Ipsos finden sich interessante Analysen zur Wahl - Stand 7.5.2017: <http://www.ipsos.fr/presidentielle2017/>

Die Türkei nach dem Referendum

Beim Referendum über die Einführung des Präsidialsystems in der Türkei stimmten laut Wahlkommission 51,4 Prozent für und 48,6 Prozent gegen die neue Verfassung.

Die spärlich vorhandenen Wahlbeobachter der OSZE, des Europarats und einzelne Europa- und Bundestagsabgeordnete berichteten von massiven Behinderungen und Unregelmäßigkeiten beim Wahlvorgang. Einsprüche von HDP, CHP und Tausender Privatpersonen wurden von der Wahlkommission abgelehnt. Die Behörden, Justiz und Polizei oder Wahlkommission sind heute fest in der Hand von Erdogan, AKP und MHP, also dem Ja-Lager.

Von morgens bis abends waren Präsident Erdogan und AKP-Regierungspolitiker medial vorhanden. Er präsentierte sich als Garant für wirtschaftlichen Aufschwung und Sicherheit, Frieden und Stabilität. Er sagte, wir brauchen keine EU, die Türkei ist selber mächtig und dürfe nicht mehr vom Westen gegängelt werden. Nur mit ihm würde die Türkei alle Probleme lösen. Mit solchen nationalistischen Parolen erreichte er viele Wähler in der durch Wirtschaftskrise, Kur-

denkonflikt, IS und Syrienkrieg schwer verunsicherten Türkei. Mit dem „Wir Türkei“ gegen die Anderen – ob Nein-Stimmer, Kurden oder EU – polarisierte er erfolgreich. Ein ähnliches Muster wie Trump in den USA.

Die Opposition hatte fast gar keine Gelegenheit dazu. 13 Abgeordnete der HDP und Tausende Funktionäre, darunter fast ihr ganzes Führungspersonal, sind inhaftiert, von über 100 Bürgermeistern sind ebenfalls über 90 im Gefängnis. Eine freie Berichterstattung in den Medien war nicht möglich, da 150 oppositionelle Zeitungen, Fernseh- und Rundfunkanstalten sowie Internetzeitungen verboten sind und zahlreiche Medienschaffende im Gefängnis einsitzen. Auch Veranstaltungen und Werbung für ein Nein beim Referendum unterlagen zahlreichen Verboten. Eine halbe Millionen Menschen aus den zerstörten Städten in Kurdistan (wie Diyarbakir-Sur, Cizre,

Nusaybin, Silvan, Sirnak, usw.) hatten überhaupt keine Gelegenheit, zur Wahl zu gehen. In den zerstörten und dem Erdboden gleich gemachten Stadtteilen steht kein Haus mehr, die ehemaligen Bewohner sind zur Migration gezwungen. Somit waren sie auch in keinem Wählerverzeichnis eingetragen.

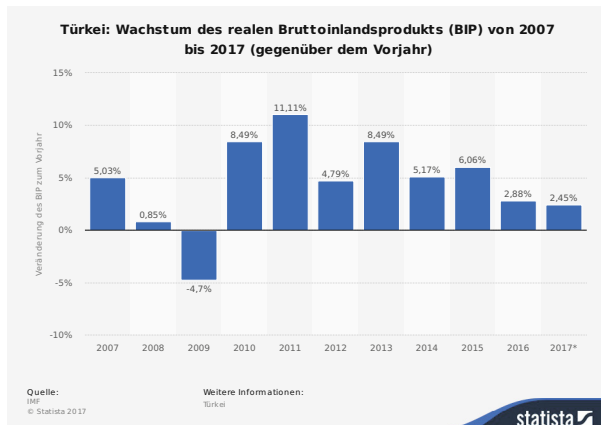
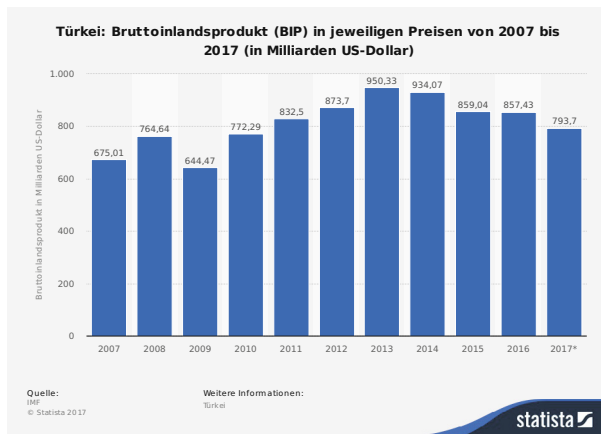
Nach dem Referendum hat der Umbau der Türkei zur Erdogan-Diktatur sofort begonnen. Durfte der Präsident bislang nicht Funktionär und Parteimitglied

Weniger ausländisches Kapital in der Türkei

Kurzfristige Verschuldung türkischer Kreditnehmer* ggü. ausl. Kreditgebern (in Mrd. Dollar)



Grafiken zur Wirtschafts- und Soziallage, Beurteilung durch WTO, IWF u.a.
Quelle de.statista.com, die aus den Originalquellen Grafiken herstellt.



sein, trat Erdogan der AKP wieder bei und soll auf einem Sonderparteitag am 21. Mai zum Vorsitzenden gewählt werden. Im Herbst 2019 werden dann Präsident und Parlament neu gewählt. Die AKP ist von dem knappen Ergebnis des Referendums verunsichert und Erdogan verlangt von ihr eine Erneuerung, damit 2019 die AKP mehr als 50 Prozent der Stimmen erhält und somit die Alleinherrschaft sichern kann.

Direkt nach dem Referendum wurden erneut 5000 Beamte entlassen. Weiter ließ Erdogan den Konflikt in Syrien und Nordirak verschärfen, die türkischen Truppen greifen an verschiedenen Stellen Rojava und Shengal an und bombardieren Stellungen der PKK im Nordirak. Ziele in Rojava und Shengal waren auch kurdische

Radiosender. Über 70 Menschen kamen bei den Angriffen ums Leben. Ebenso werden ganze Provinzen in der Türkei zum militärischen Sperrgebiet erklärt, wie in den 1990er-Jahren die Dorfbevölkerung aus ihren Orten vertrieben, Dörfer niedergebrannt. Gerade jetzt im Gebiet Hakkari und Yüksekova.

Und die EU? Möglichkeiten, auf die Türkei einzuwirken, gäbe es. Die Bundesregierung ist nicht bereit, den Türkei-deal Flüchtlinge gegen Geld aufzukündigen. Die deutsche Luftwaffe beteiligt sich weiter im Krieg in Syrien. Sie muss sich fragen lassen, ob sie für die türkischen Angriffsziele die Bildunterlagen stellte. Von ihrem Abzug will Ministerin von der Leyen nichts wissen. Der Aufbau einer eigenständigen türkischen Waffenindustrie mit deutscher Unterstützung läuft ungehindert. Auch hier könnte die Bundesregierung eingreifen. Die Türkei bezieht monatlich EU-Gelder für die Anpassungen im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen. Auch das soll nach Willen der EU-Außenminister weitergehen. Eutelsat nimmt auf Antrag der türkischen Regierung oppositionelle TV-Sender aus dem Satellitenangebot.

Erklärung der Demokratischen Partei der Völker (HDP) vom 18. April 2017

Der Parteivorstand der Demokratischen Partei der Völker (HDP) hat bei seiner ersten Sitzung nach dem Verfassungsreferendum die Entwicklungen der letzten Tage ausgewertet und eine Zusammenfassung der Ergebnisse in acht Punkten veröffentlicht.

Bei ihrer Ergebniserklärung wurden auf diese Punkte hingewiesen:

1. Die Entscheidung des Hohen Wahlamtes hinsichtlich der „Gültigkeit der Stimmzettel und der Umschläge ohne entsprechenden Stempel“ verstößt offensichtlich gegen das Gesetz. Das Hohe Wahlamt hat durch diese rechtswidrige Entscheidung und mit seinem Verhalten zu einem großen Verstoß gegenüber der Verfassung wie auch gegenüber internationaler Rechtsnormen geführt. Das Hohe Wahlamt hat hierdurch seine rechtliche Legitimität verloren und ist zu einer unglaublichen Institution geworden. Auf Grund dieser rechtswidrigen und zwischen Tür und Angel gefassten Entscheidung ist die Legitimität des Ergebnisses des Referendums aufgehoben und es ist zwielichtig.

2. Die demokratische Legitimität hat nicht nur bei der Stimmabgabe und dessen Auszählung gefehlt, sondern auch bereits während der Vorbereitungsphase des Referendums. Im Ausnahmezustand, während 13 unserer Abgeordneten – darunter auch unsere Doppelspitze – sowie Tausende von unseren Zentral-, Stadt- und Vorstandsvorständen wie auch unserer Mitglieder inhaftiert sind, unter

den Gegebenheiten, dass die politische Gleichheit und die grundlegenden Menschenrechte zunichte gemacht werden, wurden die Referendumsvorbereitungen durch die Regierung auf verschiedene Arten verhindert und ernsthafte Rechtsverletzungen begangen.

3. Diejenigen, die trotz der Nutzung sämtlicher öffentlicher Mittel in Kampagnen, die Trillionen von Lira wert sind, trotz gravierendem staatlichem Druck und Behinderungen, trotz einseitiger medialer Bombardements nein gesagt haben, haben eine sehr schöne und wertvolle Prüfung abgelegt. Trotz sämtlicher Täuschungen bei der Wahl, konnten 24 Millionen an Wählern nicht überzeugt werden. Eine Verfassung, die trotz sämtlicher Täuschungen und zwielichtiger Gegebenheiten einen 49%igen Anteil der Bevölkerung nicht zu überzeugen vermag, ist eine halbe Verfassung, unvollständig. Sie besitzt weder die Kraft zur Ausführung noch zur Aufrechterhaltung. Das Ergebnis ist für die AKP-MHP- bzw. Erdoğan-Bahçeli-Koalition kein Sieg, sondern eine Niederlage. Im Vergleich hierzu ist es jedoch für die demokratischen Kräfte ein großer Sieg. Dieses Ergebnis stellt die Fortführung eines Früh-

lingserwachens für den Kampf für die Demokratie dar. Die Ergebnisse in den großen Metropolen, in denen die Arbeiter geballt leben, sind hoffnungsvoll. Es ist offensichtlich geworden, dass die AKP-MHP- bzw. Erdoğan-Bahçeli-Koalition keinen positiven Weg für die Zukunft der Türkei zeigt. Es gibt auch keine demokratische Legitimation, dass diese Interessenkoalition, die einen ernsthaften Verlust erlitten hat, auf den Ergebnissen beharrt und zu regieren versucht. Selbst über die Verfassung von 1982, die mit 92% anerkannt wurde, bestehen die Legitimationsdiskussionen seit 35 Jahren fort, und selbst diese konnte in der Gesellschaft nicht für Frieden und Stabilität sorgen und wurde an diversen Punkten durchbrochen. Das Ergebnis des 16. April wird ebenfalls nicht für Frieden und Stabilität sorgen können und niemals innerhalb der Gesellschaft Akzeptanz finden. Durch die Polarisierung und Nichtbeachtung, durch Unterdrückung und Despotismus wird eine gesellschaftliche Akzeptanz nicht erreicht werden können.

4. Die Regierung kann nicht durch Herangehensweisen vorankommen, die das Land im Hinblick auf demokratische und internationale Rechtsgrundsätze weit unter die Standards fallen lässt und die die internationale, demokratische Öffentlichkeit, Institutionen und die internationalen Beziehungen missachtet.

Viele von ihnen haben ihren Sitz im Ausland. Eutelsat sitzt in Brüssel. Einen Gerichtsbeschluss, den kurdischen Sender Med-TV wieder auszustrahlen, ist die Betreibergesellschaft bisher nicht nachgekommen (siehe auch Meldung Seite 10).

Auch lässt der Bundesinnenminister nicht nach mit der Verfolgung der kurdischen Opposition in Deutschland. Das PKK-Verbot wurde von ihm auf die syrische PYD und YPG sowie deren Teilorganisationen ausgedehnt. Ein wenig Kritik an Erdogan vom Regierungssprecher und Beschwichtigungen vom Außenminister Gabriel, das war's.

In der Auseinandersetzung mit der diktatorischen Politik Erdogans müssen Grenzen gezogen werden gegen rechts, sonst kann die Kritik an Erdogan rechtspopulistisch zur nationalen Hetze und Mobilisierung in Deutschland, Frankreich, Niederlande usw. genutzt werden. Manche der Regierungsparteien der EU-Länder tun dies offensichtlich nicht, sondern graben damit am rechten Rand, zuletzt in den Niederlanden und auch in Deutschland über die Frage des Abstimmungsverhaltens der türkischen Wahlberechtigten in Deutschland.

Derzeit ist nicht abzusehen, wie sich das Verhältnis Deutschland/EU-Türkei entwickelt und ob die europäischen Regierungen gewillt sind, mächtig auf die Türkei einzuwirken. Angeblich soll die von Erdogan angepeilte Wiedereinführung der Todesstrafe die rote Linie sein. Sonst nichts? Die Gefängnisse voll mit der politischen Opposition, die Parlamentssitze und Rathäuser verwaist, Städte und Dörfer zerstört und die Menschen dort vertrieben. Das reicht anscheinend nicht, wirtschaftliche und strategische Interessen in Mittelost stehen darüber, egal ob Despoten und Diktatoren regieren.

Unsere Solidarität hat auf jeden Fall die türkische und kurdische Opposition, Royava und Shengal.
Rudolf Bürgel, Karlsruhe



Dieses Verständnis, als dessen erstes Ziel die Wiedereinführung der Todesstrafe deklariert wurde, wird das Land und die Gesellschaft von den Normen der Menschenrechte täglich weiter entfernen. Das ist kein Zustand, der aufrechterhalten oder akzeptiert werden kann oder eine Legitimität aufweist.

5. Die kurdische Bevölkerung hat ihre entschiedene Haltung dadurch zur Geltung gebracht, dass sie trotz der Zerstörung der kurdischen Städte, der Geiselhaft von demokratischen Politikern, der Beschlagnahme von gewählten Bürgermeisterämtern und Ernennung von Treuhändern stattdessen, trotz der Festnahme und Verhaftungen von Tausenden unserer Leute, die politische Arbeiten verrichten, trotz jedweder Grausamkeit, der Gewalt und Unterdrückung durch das Militär, der Polizei und der Dorfschützer, trotz des Drucks zur offenen Stimmabgabe, dem Schwindel durch die ungestempelten Wahlzettel seinen Willen durch ein Nein kund getan hat. Die kurdische Bevölkerung hat die Politik der Treuhänder, den Terror der Regierung und die Unterdrückung abgelehnt. Es wurde erneut klar, dass der demokratische Kampf ohne die kurdische Bevölkerung und seine politischen Vertreter nicht gewonnen werden kann. Diese Haltung, die wir respektvoll begrüßen, ist zugleich ein Aufruf an die türkische Demokratie und die Friedenskräfte, an alle Bürger mit einem Gewissen, an die NGOs

zum gemeinsamen Hochlebenlassen des Kampfes und eine goldene Brücke.

6. Wir begrüßen die Völker, die Demokratie-, Arbeits- und Friedenskräfte, alle gewissenhaften Bürger mit Respekt, die trotz aller Unterdrückung, Ungleichheit und den Täuschungen gekämpft haben und entschieden und organisiert gegen diese Koalition, diese Regierung und diesen Änderungsvorschlag gewirkt haben. Wir glauben daran, dass diejenigen, die ihren politischen Willen bewusst nutzen, die der demokratischen Zukunft des Landes gegenüber ihre entschlossene Haltung zeigen, durch eine gemeinsame Haltung einen wesentlichen Meilenstein bei dem Kampf um Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden ausmachen werden. Diese entschiedene Grundsatzhaltung wird auch diejenigen, die heute mit Ja abgestimmt haben, dazu führen, sich von ihrem Fehler zu distanzieren.

7. Die Frauen haben angefangen bei den Referendumsvorbereitungen, stets eine entschiedene und organisierte Haltung gegenüber allen Unterdrückungen und Angriffen gezeigt, die erneut beweist, dass sie die führende Kraft des Demokratie- und Freiheitskampfes sind. Ihre entschiedene Haltung im Kampf um die Gleichheit und die Freiheit hat auch anderen gesellschaftlichen Schichten eine wesentliche Botschaft zukommen lassen. Die Jugendlichen, die während dieser Tätigkeiten ihre Kreativität und ihre

Energie aufgezeigt haben, haben ebenfalls erneut bewiesen, dass sie bei dem Kampf eine entscheidende Rolle spielen und nicht nur für die Zukunft des Landes, sondern auch bereits für den aktuellen Zustand eine demokratische Kraft darstellen.

8. Es ist erneut bewiesen worden, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen beim Kampf für die Demokratie und der Freiheit ist. Alle unsere Mitglieder, unsere Wähler, unsere Teile und unsere Institutionen werden gemeinsam den Kampf um die demokratische, freiheitliche, gleichberechtigte Verfassung weiterführen. Wir werden den Boden der gemeinsamen Handlung in diesem Sinne für alle demokratisch Handelnden und alle Friedenskräfte und alle Bürger mit Gewissen nähren. Wir danken auch denjenigen, die durch ihre Nachrichten und in ihren Herzen bei uns sind, obgleich sie körperlich inhaftiert sind, unserer Doppelspitze und den Abgeordneten, den Bürgermeistern, den demokratischen Politikern. Wir versprechen ihnen, dass wir uns noch mehr anstrengen werden. Und das wir den Brüderlichkeitsreigen in jedem Fall vergrößern werden. Wir werden unter allen Umständen unseren Kampf für die Wahrheit, die Gerechtigkeit, den Frieden, die Demokratie und die Freiheit fortführen. Die Zukunft gehört denen, die den Kampf um die Demokratie, die Freiheit und die Gerechtigkeit gemeinsam führen.

Sozialdumping im europäischen Straßentransport

Der anerkannte europäische Sozialpartner Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF) samt Mitgliedsgewerkschaften hat am 26. April in Brüssel zu einer Demonstration aufgerufen. „Wir sind heute nach Brüssel gekommen, um die die politisch Verantwortlichen in Europa gegen das zunehmende Lohn- und Sozialdumping im Straßentransport wachzurütteln“, betont Karl Delfs von der österreichischen Gewerkschaft Vida. Es wird an die Kommission appelliert, eine Straßeninitiative vorzustellen, die auf eine Vereinfachung und Verdeutlichung der EU-Rechtsvorschriften für den Sektor abzielt, damit diese durchsetzbar werden. Lohn- und Sozialdumping, Scheinselbstständigkeit, Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten von 2,8 Millionen BerufskraftfahrerInnen in der EU müssten kontrollierbarer gemacht werden, um Missstände besser bekämpfen zu können.

www.vida.at, 26.4.2017

Schweiz: Abschaffung der Arbeitszeiterfassung

Nur mit Arbeitszeiterfassung können die sinnvollen Regelungen des Gesundheitsschutzes eingehalten werden. Das Notieren der Arbeitszeiten stellt darüber hinaus sicher, dass Überstunden kompensiert oder fair entschädigt werden können. Für leitende Angestellte sowie Fachspezialistinnen und -spezialisten würde genau dies mit der von Ständerätin Karin Keller-Sutter eingereichten parlamentarischen Initiative 16.423 in Zukunft verunmöglicht. Mit dem Arbeitsvertrag verpflichtet sich der Arbeitgeber zur Lohnzahlung für die mit der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer vereinbarte Arbeitszeit. Ohne Arbeitszeiterfassung verkommt der Arbeitsvertrag zu Makulatur – und die geleistete Mehrarbeit zu Gratisarbeit! Als treibende Kraft hinter diesem Ansinnen stehen ausgerechnet Arbeitgeber der Wirtschaftsprüfer-Branche. Mit 65 Überstunden pro Jahr (oder einer Quote von 3,4 Prozent) leisten die Arbeitnehmenden in dieser Branche, nach dem Kredit- und Versicherungswesen, am zweitmeisten Überstunden. Mit den heutigen technischen Möglichkeiten ist die Arbeitszeiterfassung ein Kinderspiel, auch bei sehr flexiblem und ortsunabhängigem Arbeiten: Es gibt Smartphone-Applikationen für Arbeiten unterwegs, und die Arbeitszeit kann bei Bürozutritt oder am Computer elektronisch erfasst werden. Trotzdem wird das Notieren der Arbeitszeit durch Medien und Arbeitge-

ber mit Bildern von historischen Stempeluhrn aus der Zeit der Industrialisierung verunglimpft. Nicht die Abschaffung der Arbeitszeiterfassung ist darum das Gebot der Stunde. Vielmehr geht es um deren konsequente Einhaltung.

syna.ch, 1. Mai 2017

Großbritannien: Rentenabbau. BMW-Beschäftigte im Streik

Rund 3.500 Beschäftigte in drei der vier BMW-Werke in Großbritannien sind am 19. April 2017 in den Streik getreten: Beschlossen sind insgesamt acht zwischen den vier Werken rotierende Streiktage bis in den Mai hinein, um die Pläne des Unternehmens, die Fonds der Betriebsrenten grundsätzlich zu verändern, zu verhindern. Die Beschäftigten protestieren damit gegen Pläne von BMW, zwei Altersvorsorgesysteme auslaufen zu lassen und durch weniger lukrative Programme zu ersetzen. Die Regelung gilt bereits seit 2014 für neue Mitarbeiter. Was BMW ganz diplomatisch „Maßnahmen zur Sicherung des Rentenfonds“ nennt, verstehen die Belegschaften als Frontalangriff auf die Betriebsrenten. Dieser erste Streik der britischen BMW-Beschäftigten (Mini und Rolls Royce) sei nötig geworden, so der Sprecher der Gewerkschaft Unite, weil die Unternehmensleitung jede Bereitschaft zu echten Verhandlungen habe vermissen lassen. Die Schließung des Rentensystems, die für den 31. Mai geplant ist, könnte bedeuten, dass einige Arbeiter bis zu 160.000 Pfund (139.000 Euro) im Renteneinkommen verlieren. Die bisherigen Streikaktionen haben erhebliche Störungen verursacht und bringen die verbleibende Produktion zum Stillstand, so dass die Kunden auf die Lieferung ihrer Neufahrzeuge warten.

www.unitetheunion.org, 4.5.2017

Schweden: Hotelstreik abgewendet

Die schwedische Gewerkschaft der Hotel- und Restaurantangestellten HRF hat am 18. April, weniger als 12 Stunden vor dem geplanten Beginn eines landesweiten Streiks, eine neue dreijährige nationale Vereinbarung für die Branche unterzeichnet, die ihre wesentlichen Verhandlungsforderungen erfüllt. Die HRF erhielt im Vorfeld des geplanten Streiks starke nationale und internationale Unterstützung. Die HRF rief zu dem Streik auf, nachdem die Arbeitgeber sich geweigert hatten, die Löhne der am schlechtesten bezahlten Angestellten entsprechend den für andere Branchen in den diesjährigen sektoralen Verhandlungen durchgesetzten Steigerungen zu erhöhen. Die Arbeitgeber haben auch Forderungen

nach einer größeren Arbeitsplatzsicherheit abgelehnt. Die neue Vereinbarung sieht unter anderem Folgendes vor: eine monatliche Erhöhung von 1650 SEK (ca. 172 Euro) für Vollzeitbeschäftigte innerhalb von 3 Jahren; eine Erhöhung von 6,5% für Überstundenarbeit; eine erhebliche Erhöhung für die am schlechtesten Bezahlten, die den in anderen Branchenvereinbarungen festgelegten Erhöhungen für geringbezahlte Beschäftigte entspricht oder diese übersteigt, und die Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit den Arbeitgebern zur Überprüfung der Arbeitsbelastung von Housekeeping-Kräften. Die Gewerkschaft hat der IUL herzlich für die internationale Unterstützung gedankt, die sie erhalten hat.

www.iuf.org, 20.4.2017

Türkei: Freilassung von Zeynep Çelik jetzt

Die Verhaftung von Zeynep Çelik durch die türkische Regierung am Mai-Tag ist für die Public Services International völlig unannehmbar. Zeynep ist eine Krankenschwester und ehemaliges Exekutivkomitee-Mitglied der PSI-Mitgliedsgewerkschaft Dev-Sağlık-İş (Disk). Ihre Inhaftierung ist ein weiterer berüchtigter Schritt in der anhaltenden Niederschlagung der türkischen Bevölkerung durch die türkische Regierung. Allein in den vergangenen 30 Tagen wurden mehr als 2125 Personen eingesperrt, nach Angaben von Turkeypurge.com wurden 3974 Personen aus den öffentlichen Diensten entlassen. Es ist ziemlich beunruhigend, dass einige von diesen, einschließlich der Gewerkschafter, aus fragwürdigen Gründen von Richtern verurteilt worden sind. Genug ist genug. Wir fordern die sofortige Freilassung von Zeynep Çelik und unverzüglich die Angriffe auf das türkische Volk und die Grundsätze der Demokratie zu stoppen.

www.world-psi.org, 3.5.2017

Kasachstan: Unterdrückung gegen Gewerkschaften

Vor Kurzem haben die Behörden in Kasachstan eine weitreichende Unterdrückungskampagne gegen führende Aktivist*innen der unabhängigen Gewerkschaften in der Mangistau-Region im Westen des Landes begonnen. Die örtlichen Behörden und das Management des Öl-Unternehmens OCC haben versucht einen friedlichen Protest der Arbeiter*innen im Januar zurück zu drängen. Der Vorsitzende der für die OCC-Beschäftigten zuständigen Gewerkschaft, Amin Yeleusinov, und der Arbeitsinspektor Nurbek Kushakbayev wurden am 20. Januar verhaftet. Am

7. April wurde Kushakbayev angeklagt, mithilfe des 2014 eingeführten äußerst repressiven Strafgesetzes. Für seinen Aufruf zum Streik verurteilte der Gerichtshof von Astana ihn am 7. April zu zweieinhalb Jahren in einer erzieherischen Arbeitsanstalt. Der Richter hat darüber hinaus auch der Forderung von OCC zugestimmt, 25 Millionen KZT (73 000 Euro) von Kushakbayev zu verlangen wegen angeblichem Schaden am Unternehmen. Zur gleichen Zeit hat das Management von OCC begonnen, Beschäftigte zu entlassen, die an dem Protest teilgenommen hatten. OCC gehört zu KazMunaiGas, des größten staatlichen Öl und Gas Unternehmens in Kasachstan.

www.labourstartcampaigns.net, 26.4.2017

Somalia: Angriffe auf Journalisten und Gewerkschafter

In den vergangenen vier Jahren hat die somalische Regierung die National Union of Somali Journalists (Nusoj) sowie die Federation of Somali Trade Unions (Festu) wiederholt angegriffen, weil diese Gewerkschaften sich der Kontrolle durch die Regierung verweigerten. Diese hat Gewerkschaftstreffen der NUSOJ in Mogadischu aufgelöst, Nicht-Gewerkschafter als Funktionäre von Festu und Nusoj eingesetzt, Gewerkschafter eingeschüchtert durch Verhaftungen, Reisebeschränkungen, Organisationsverbote und das Entlassen von arbeitnehmerfreundlichen Richtern und den Ausschluss von Verhandlungen mit Arbeitgebern und Regierung. Das Oberste Gericht Somalias sowie die ILO unterstützen die Forderung nach sofortiger Anerkennung der international akzeptierten Führung der Nusoj und Festu und das Einstellen der Angriffe auf die Gewerkschaften!

www.labourstartcampaigns.net, 26.4.2017

Madagaskar: Entlassungen wegen Gewerkschaftsbeitritt

Hafenarbeiter in Madagaskar kämpfen um ihre Rechte. Sie wurden entlassen, weil sie ihrer Gewerkschaft beigetreten sind, um sich gegen prekäre Arbeit, niedrige Löhne und unsichere, gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen zu wehren. Im März haben Gewerkschaften aus Ländern der ganzen Welt Briefe an die Konsulate Madagaskars geschickt, in denen sie Gerechtigkeit für die Hafenarbeiter und deren Wiedereinstellung in den Job forderten. Hunderte weitere Personen wandten sich außerdem über Email an die Regierung von Madagaskar und drängten diese, lokale Arbeitsrechte umzusetzen. Am 3. April 2017 haben die internationalen Dachverbände ITF (International Transport Federation) und

IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund) sowie die Gewerkschaft Sygmma im Namen der 43 Hafenarbeiter Beschwerde bei der ILO eingereicht.

www.labourstartcampaigns.net, 19.4.2017

USA: Solidarische Aktion mit VW-Beschäftigten

Zur Arbeit zu kommen und nicht wissen, ob nach zehn Stunden kurzfristig Überstunden angeordnet werden? Das ist Realität im VW-Werk in Chattanooga in den USA. Damit sich die Arbeitsbedingungen verbessern, war jetzt höchste Zeit für eine Aktion internationaler Solidarität. Im VW-Werk Chattanooga im Süden der USA ist manches anders, was man sonst von dem Konzern gewöhnt ist. Es gibt bei VW-Chattanooga keinen Betriebsrat und keine gewerkschaftliche Vertretung. Zu Arbeitszeit und vielen anderen Fragen gibt es keine ausgehandelten Regelungen. Nun haben sich Gewerkschafter aus Brasilien, Südafrika, Mexiko, Großbritannien, Polen und Deutschland in Chattanooga mit den UAW-Unterstützern unter den VW-Beschäftigten getroffen. Sie versprochen den UAW-Kollegen ihre solidarische Unterstützung und überlegen gemeinsam, wie man Druck auf VW aufbauen kann, damit die Beschäftigten in Chattanooga eine starke Arbeitnehmervertretung haben. Es gab mehrmals Versuche, dies zu ändern. Im Dezember 2015 stimmten über 70 Prozent der Wartungsmitarbeiter für eine gewerkschaftliche Vertretung durch die UAW ab. Die US-Aufsichtsbehörde NLRB forderte VW in der letzten Instanz auf, die Tarifverhandlungen mit der UAW aufzunehmen, aber nichts ist passiert. VW versucht derzeit über eine Berufungsklage, die Wahl für die begrenzte Gruppe der Beschäftigten anzufechten. Mit dem Urteil des Berufungsgerichts wird im Herbst gerechnet. Der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann forderte VW auf, nicht weiter gegen das amerikanische Arbeitsrecht zu handeln und nun ohne weitere Verzögerung das Gespräch mit der UAW zu suchen.

www.igmetall.de, 19.4.2017

Brasilien: IG Metall unterstützt Generalstreik

Am 28.4.2017 legte ein Generalstreik Brasilien lahm, mit dem Beschäftigte und Gewerkschaften gegen die Ausweitung der Leiharbeit und die Heraufsetzung des Rentenalters protestierten. Die IG Metall unterstützt den Generalstreik mit einer Solidaritätsadresse. Im März 2017 wurde in Brasilien die Liberalisierung der Fremdvergabe und der Leiharbeit im

se unbegrenzt möglich. Die Gewerkschaften kämpfen seit zwei Jahren gegen dieses Gesetz. Ihren Berechnungen zufolge wird die Zahl der Leiharbeiter von jetzt 13 Millionen auf über 50 Millionen steigen. Leiharbeiter haben viermal mehr Arbeitsunfälle. Im Schnitt verdienen solche Beschäftigten 25 Prozent weniger, arbeiten vier Stunden in der Woche mehr und ihre Beschäftigungsdauer ist 2,7 Jahre kürzer. Gemäß dieser Reform sollen befristete Arbeitsverhältnisse immer wieder verlängert werden können. Arbeit auf Abruf, eine längere Jahresarbeitszeit sowie eine Stückelung des Jahresurlaubs durch den Arbeitgeber sollen möglich sein. Betriebliche Verhandlungen sollen tarifliche Regelungen aushebeln können, so dass auf betrieblicher Ebene erheblich längere Arbeitszeiten als im Tarifvertrag vorgesehen möglich sein werden. Ähnlich kritisch sehen die Gewerkschaften die Pläne von Regierungschef Temer zur Rente. Das Renteneintrittsalter soll auf 65 Jahre erhöht werden. Bisher liegt es bei 55 für Frauen und 60 für Männer. Die minimale Beitragszeit soll von 15 auf 25 Jahre erhöht werden. In Brasilien wird eine solche Reform erhebliche Rentenverluste bei den Arbeitnehmern mit sich bringen. Um gegen diese Pläne vorzugehen, werden fast alle brasilianischen Dachverbände zahlreiche Mobilisierungsmaßnahmen zum Generalstreik am 28. April 2017 organisieren.

www.igmetall.de, 28.4.2017

Internationaler Gewerkschaftsbund solidarisch mit palästinensischen Gefangenen

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) erweitert seine Solidarität mit palästinensischen Gefangenen, die mit einem unbefristeten Hungerstreik gegen Menschenrechtsverletzungen in israelischen Gefängnissen protestieren. Der IGB fordert die israelischen Behörden auf, dafür zu sorgen, dass palästinensische Gefangene nach den Standards des humanitären Völkerrechts behandelt werden. Er unterstützt Forderungen der palästinensischen Gefangenen nach Aufhebung von Beschränkungen für Familienbesuche, nach verbesserten Haftbedingungen, nach Zugang zur medizinischen Versorgung, zu Bildungsmaterialien und Lebensmitteln sowie der Installation von Telefonen, um mit ihren Verwandten zu kommunizieren. zu unterstützen. *Anmerkung Redaktion:* Inzwischen – mit Datum 3.5.2017 – geht der Hungerstreik in den 17. Tag.

www.ituc-csi.org, 28.4.2017

Zusammenstellung: Edith Bergmann, Hannover

Medienfreiheit in Demokratien bedroht

Medienfeindliche Rhetorik führender Politiker, restriktive Gesetze und politische Einflussnahme in Demokratien haben zu einer Verschlechterung der Lage für Journalisten und Medien weltweit beigetragen. Das geht aus der Rangliste der Pressefreiheit 2017 hervor, die Reporter ohne Grenzen am 26. April veröffentlicht hat. In Ländern wie den USA, Polen oder Großbritannien tragen Spitzenpolitiker ihre Geringschätzung gegenüber Journalisten offen zur Schau. Zur weltweiten Verschlechterung hat auch das rücksichtslose Vorgehen der Regierungen in Ländern wie Ägypten oder Burundi beigetragen. In der Türkei hat sich die Lage für Journalisten und Medien im Zuge einer beispiellosen Repressionswelle seit dem Putschversuch im vergangenen Sommer erneut verschlechtert. In Kriegs- und Krisenländern wie Syrien, Libyen oder dem Jemen sind Journalisten unverän-

dert tödlichen Gefahren von allen Seiten ausgesetzt. „Besonders erschreckend ist, dass auch Demokratien immer stärker unabhängige Medien und Journalisten einschränken, anstatt die Pressefreiheit als Grundwert hochzuhalten“, sagte ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske. „Demokratische Regierungen dürfen den Autokraten der Welt durch Überwachungsgesetze oder demonstrative Geringschätzung unabhängiger Medien keinen Vorwand für ihre Repression gegen Journalisten liefern.“ In knapp zwei Dritteln der 180 untersuchten Länder hat sich die Situation 2017 verschlechtert. Dazu haben die Entwicklungen in demokratischen Ländern beigetragen. Immer wieder haben Politiker Journalisten verbal angegriffen und Regierungen Gesetze verabschiedet, die Überwachungsbefugnisse der Geheimdienste ausbauen und Whistleblower bedrohen.

www.reporter-ohne-grenzen.de/



Schlag gegen die Pressefreiheit in Europa: Eutelsat will auf Befehl Erdogans weitere kurdische Fernsehsender sperren

BERLIN. Der Satellitenbetreiber Eutelsat möchte aufgrund eines Beschlusses der türkischen Aufsichtsbehörde für Radio und Fernsehen (RTÜK) die Ausstrahlung der kurdischen Fernsehsender Ronahi TV, NewsChannel und Sterk TV einstellen. In der Türkei wurden im vergangenen Jahr 150 Fernseh- und Radiostationen sowie Tageszeitungen verboten. Hunderte Journalisten verloren daraufhin ihre Arbeit. Laut „Reporter ohne Grenzen“ (RSF) ist die Türkei eines der Länder, in denen es keine Pressefreiheit gibt. In der Aufreihung der 180 Länder, in denen die Pressefreiheit beschnitten wird, liegt die Türkei auf Platz 155. Unter dem Erdogan-Regime wird die Unterdrückung und Verfolgung der kritischen Stimmen und der Opposition

auch außerhalb der Türkei ausgeweitet; sie sollen sowohl im Inland als auch im Ausland mundtot gemacht werden. So hat die staatlich-türkische Aufsichtsbehörde RTÜK ein Verbot der in Europa sendenden kurdischen Fernsehsender beschlossen und den zuständigen Institutionen in Europa mitgeteilt. Sie übt ohne die Zustimmung der Lizenzbetreiber der jeweiligen Länder Druck auf den Satellitenbetreiber aus, die Ausstrahlung der kurdischen Sender einzustellen. Bereits im Oktober 2016 hat Eutelsat die Ausstrahlung des in Belgien ansässigen kurdischen Nachrichtensenders Med-Nuce TV und des aus Stockholm arbeitenden Kanals Newroz TV auf Antrag der Erdogan-Regierung gestoppt. Mitte November hat ein Pariser Gericht den

Stopp der Ausstrahlung durch den Satellitenbetreiber Eutelsat für unrechtmäßig erklärt und zu einer Entschädigungszahlung verurteilt, die bis heute nicht umgesetzt wurde. Eutelsat ist der drittgrößte Satellitenbetreiber der Welt und wurde als übernationale Organisation durch eine Regierungsvereinbarung zwischen 26 europäischen Staaten gegründet. Über die Satelliten von Eutelsat sind Fernsehprogramme in Europa, dem Mittleren Osten, Afrika, Indien und einem großen Teil Asiens und Amerikas zu empfangen. Die türkische Regierung hat jetzt mit derselben Vorgehensweise erneut den Satellitenbetreiber aufgefordert, die Sendungen der über Hotbird laufenden kurdischen Fernsehsender Ronahi TV, NewsChannel und Sterk TV einzustellen. Daher rufen wir alle Medienvertreter, NGOs, Parlamentarier, Menschenrechtsaktivisten sowie internationale und nationale Organisationen dazu auf, sich mit den kurdischen Sendern zu solidarisieren und dem Druck der Türkei nicht nachzugeben. Die Türkei handelt erneut gegen die Pressefreiheit und den geltenden Rechtsstandard. Es darf nicht hingenommen werden, dass die Türkei ihre Verfolgungs- und Verbotspolitik gegen kritische Medien nach Europa transferiert. Die Meinungs- und Pressefreiheit sind Grundrechte, welche für alle gelten müssen. <http://civaka-azad.org/>

Deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien

BERLIN. Saudi-Arabien gilt als einer der autoritärsten Staaten der Welt. Dementsprechend ist die Menschenrechtslage dort äußerst schlecht. Zudem ist die Situation in dem Wüstenstaat und in der Region sehr bedenklich und der Endverbleib von Waffen nicht gesichert. Der deutschen Bundesregierung scheint all dies egal zu sein, denn wie der Datenbank der Campaign Against Arms Trade (CAAT) und waffenexporte.org zu entnehmen ist, billigte sie entgegen ihren eigenen Rüstungsexportkriterien zwischen 2001 und 2014 Rüstungsverkäufe im Wert von fast 2,6 Milliarden Euro an das diktatorische Regime. Darunter befanden sich Genehmigungen unter anderem für den Export von Feuerleiteinrichtungen, Kriegsschiffen, Munition, Kleinwaffen sowie Fahrzeugen und Panzern ... Saudi-Arabien will zwar keine deutschen Waffen mehr kaufen, dafür soll die Bundeswehr Medienberichten zufolge aber saudische Militärangestellte in Deutschland ausbilden. Ein Abkommen dazu sei bei dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der saudischen Hafenstadt Dschidda unterzeichnet worden.

www.aufschrei-waffenhandel.de

25 Organisationen fordern: Keine Erweiterung polizeilicher Befugnisse in der DNA-Analyse!

KÖLN. In größter Eile bemühen sich Sicherheitspolitiker_innen derzeit darum, noch in dieser Legislaturperiode die polizeilichen Befugnisse bei der DNA-Analyse drastisch zu erweitern. Mit dieser Stellungnahme protestieren 25 zivilgesellschaftliche Organisationen gegen diesen äußerst bedenklichen Vorstoß. Sie bemängeln eine fehlgeleitete Informationspolitik, die Verletzung von Datenschutzrechten und befürchten rassistische Stimmungsmache. Am 27.4.2017 wollen sich Vertreter_innen der Koalition über die endgültige Version des Entwurfs des „Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens“ einigen, der schon im Mai durch den Bundestag beschlossen werden soll. Mit dem Gesetz soll es der Polizei erlaubt werden, bei Massengentests Rückschlüsse auf die DNA von Verwandten einer Probengeber_in zu ziehen. Außerdem kamen aus dem Bundesrat weitere Forderungen, nämlich im Rahmen dieses Gesetzes auch die Vorhersage von Augen-, Haar und Hautfarben über DNA-Analysen sowie die Tests so genannter „biogeographischer Herkunftsmarker“ zu legalisie-

Unterstützer_innen: • Aktion Bleiberecht • Amaro Foro e.V. • Antirassistische Initiative Berlin (ARI) • Arbeitskreis kritischer Jurist_innen an der Humboldt-Universität zu Berlin (akj-berlin) • Bayerischer Flüchtlingsrat • BioSkop – Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien e.V. • Datenschutzgruppe der Roten Hilfe Heidelberg • Flüchtlingsrat Hamburg e.V. • Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. • freiheitsfoo • Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) • Gen-ethisches Netzwerk e.V. • global e.V. • Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt • Berlin (KOP) • Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. • Kritische Mediziner*innen Freiburg • Netzwerk Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet) • ReachOut • Redaktion Bürgerrechte & Polizei/CILIP • Respect Berlin • Rote Hilfe e.V. • [SaU] – Seminar für angewandte Unsicherheit • Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) • Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte • Women in Exile e.V.

ren. Susanne Schultz, Vorstandsmitglied des Gen-ethischen Netzwerks sagt dazu: „Diese Analysen erlauben keine eindeutigen Aussagen, es geht hier um Wahrscheinlichkeitsberechnungen. Diese sind nicht nur methodisch hochproblematisch. Mit der Verwandtensuche wird das Prinzip der Freiwilligkeit bei Massengentests verletzt.“ Weiterhin erklärte sie, infolge der technisch fragwürdigen Analyse körperlicher Merkmale und Herkunftsmarker könnten diskriminierte Gruppen Opfer von Hetzkampagnen werden. Die Organisationen protestieren gegen diese geplanten Erweiterungen und fordern die Verantwortlichen auf, von den Plänen Abstand zu nehmen.

www.gen-ethisches-netzwerk.de

Bundeswehr muss endlich konsequent gegen Nazis in den eigenen Reihen vorgehen

„Wenn Bayerns Innenminister Herrmann jetzt eine verschärfte Überprüfung von Asylsuchenden fordert, ist dies schon ausgesprochen perfide“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Ulla Jelpke, mit Blick auf das Ermittlungsverfahren gegen einen offenbar rechtsextremen Soldaten, der sich als syrischer Flüchtling ausgab und wegen eines geplanten Terroranschlags festgenommen worden ist. Jelpke weiter: „Damit schürt Herrmann nur weitere Vorbehalte gegen die Schutzsuchenden – was haargenau der Logik entspricht, die der festgenommene Rechtsextremist offenbar verfolgt hat: Nämlich unter falscher Flagge Straftaten durchzuführen, um Flüchtlinge zu verunglimpfen. Nicht Asylsuchende aus dem Ausland, sondern die Nazis aus dem eigenen Land

müssen endlich genauer unter die Lupe genommen werden.

Notwendig ist zudem, zum Beispiel die Rolle der Bundeswehr zu klären. Seit wann war der rechtsextreme Hintergrund dieses Soldaten schon bekannt? Für gewöhnlich verbergen solche Soldaten ihre Meinung nicht, sondern äußern sie jedenfalls im Kameradenkreis recht offen. Antworten der Bundesregierung auf kleine Anfragen, die ich gestellt habe, enthalten eine ganze Liste von Soldaten, die trotz rechtsextremer Ansichten im Dienst verblieben sind und weiterhin Zugang zu Waffen hatten. Die Bundeswehr muss da endlich massiv einschreiten, wenn ihre Kasernen nicht zu Ausbildungslagern für Naziterroristen werden sollen.“

www.die-linke.de/die-linke/aktuell/

Kein Ausnahmezustand in Hamburg während des G20-Gipfels!

Köln. Mit einem Offenen Brief wenden sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein, die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen, die Humanistische Union und die Liga für Menschenrechte an die Regierungsfractionen der Hamburgischen Bürgerschaft. Sie befürchten, dass die Stadt Hamburg anlässlich des G20-Gipfeltreffens Anfang Juli 2017 in einen Ausnahmezustand versetzt wird. In einer Demokratie darf weder das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausgehebelt, noch die Bewegungsfreiheit der Bürger und Bürgerinnen massiv eingeschränkt werden. Die fünf bundesweit aktiven Bürgerrechtsorganisationen schreiben: „Eine Stadt, die sich ein solches Gipfeltreffen in die Stadt holt, darf

damit nicht einen Ausnahmezustand in Kauf nehmen, der zur Aussetzung grundlegender Freiheitsrechte der Bürger*innen führt. Würden Grundrechte nur in guten und unkomplizierten Zeiten gelten, wären es keine Grundrechte und hätte ihre verfassungsmäßige Garantie keinerlei Wert. Sicherheitsinteressen des Staates können die Grundrechte, die Freiheitsrechte der Bürger*innen sind, nicht verdrängen. Demokratie verliert jede Substanz, wenn Sicherheitsinteressen die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte aushebeln.“ Die Bürgerrechtsorganisationen werden sich rund um den G20-Gipfel auf ihre je unterschiedlichen Weisen für die Verteidigung der Grundrechte, insbesondere das auf Versammlungsfreiheit, einsetzen.

www.grundrechtekomitee.de/

Arbeiter*innen in Adidas-Fabrik wegen Streik für Mindestlohn entlassen!

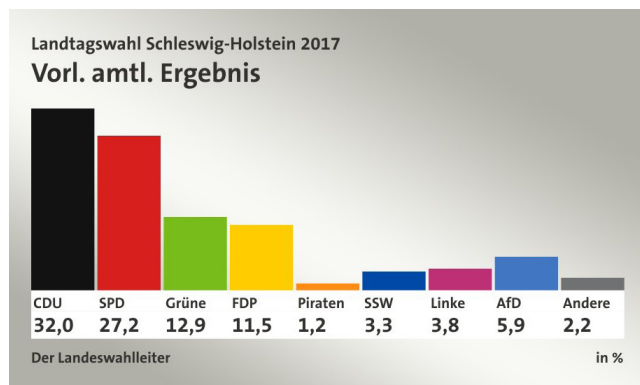
BIELEFELD. Die CCC-Aktionsgruppe von INKOTA protestierte vor dem Adidas-Geschäft in Berlin, Tauentzienstr. für die Entschädigung der Arbeiter*innen einer Adidas-Zulieferfabrik in Indonesien. Vor einem Riesenturnschuh wurde Passanten angeboten, sich ihre Schuhe putzen zu lassen und sich über den Fall zu informieren. Bei einem Streik im Juli 2012 für die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohn und das Recht, eine Gewerkschaft gründen zu dürfen, wurden 1300 Arbeiterinnen der Fabrik PT Panarub Dwikarya Benoa (PDK) in Indonesien entlassen. Auch Adidas ließ bei PDK Schuhe produzieren und ist langjähriger Kunde der Panarub Gruppe, der die PDK Fabrik gehörte.

Von den 1300 entlassenen Arbeiterinnen kämpfen 345 immer noch für eine faire Abfindung und ihre ausstehenden Löhne. Insgesamt besteht Anspruch auf eine Summe von 820 000 Euro. Außerdem fordert die Gewerkschaft die Entschädigung von Arbeiter*innen, deren Kinder nicht länger zur Schule gehen konnten, weil ihre Eltern das Schulgeld nicht mehr bezahlen konnten. Zwei Arbeiterinnen haben ihre Wohnung verloren und eine Arbeiterin die starb, weil sie sich keine angemessene Krankenhausbehandlung leisten konnte, seitdem PDK keine Krankenkassenbeiträge mehr zahlte. Im Juli 2017 werden es fünf Jahre, die die 345 Arbeiterinnen auf Entschädigung warten.

Fordern Sie mit uns auf Facebook und Twitter Adidas dazu auf, endlich Verantwortung zu übernehmen und den Arbeiterinnen ihre ausstehenden Löhne und Abfindungen auszuzahlen.

www.saubere-kleidung.de/

Ein schwarzer Tag – Landtagswahlen in Schleswig-Holstein



KIEL, 7. MAI 2017. Der Tag der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein kann wahrlich als „schwarzer Tag“ in die Landesgeschichte eingehen. Die „Schwarzen“, die CDU, haben die Wahl mit 32 % klar gewonnen. Die „Küstenkoalition“ aus SPD, Grünen und Südschleswigschem Wählerverband (SSW), der Partei der dänischen Minderheit (sie ist von der Fünf-Prozent-Klausel befreit), wurde abgewählt. Die Sozialdemokraten, die vor Ostern in den Umfragen siegesicher bei 33 % standen, kamen gerade noch auf 27,2 %. Die FDP hat bei einer von 60,2 % auf 64,24 % gestiegenen Wahlbeteiligung ihr Ergebnis erheblich verbessert und ist jetzt mit 11,5 % viertstärkste Kraft im Parlament; nach den Grünen, die entgegen dem augenblicklichen Bundestrend mit 12,9 % sich gut behauptet und ihr Wahlziel erreicht haben. Der schwarze Tag bekommt obendrein noch eine Braunfärbung: es ist der AfD mit 5,9 % zwar knapp, aber zum 12. Male in Folge gelungen, in einem Landesparlament Fuß zu fassen. Und es ist ein schmerzschwarzer Tag für die Linke in Schleswig-Holstein. Zum zweiten Mal, nachdem sie 2012 dem Kieler Parlament geflogen war, ist ihr die Rückkehr ins Landeshaus mit 3,8 % nicht gelungen. Auch wenn sie sich gegenüber dem Ergebnis von vor fünf Jahren absolut verbessert hat: Vor fünf Jahren gaben ihr 29 868 WählerInnen ihre Stimme, diesmal waren es 55 833, die für sie stimmten.

Vor allem aber ist es ein schwarzer Tag für die Flüchtlinge im Land. Die SPD-geführte Landesregierung unter Ministerpräsident Albig hatte sich in den letzten Monaten sehr klar gegen die von der Bundesregierung eingeforderte Abschiebep Praxis in die angeblich sicheren Länder, insbesondere nach Afghanistan, positioniert. Sie ist dafür als Rechtsbrecherin nicht allein von der CDU, sondern vor allem von der FDP als „gesetzesbrecherisch“ scharf angegangen worden.

Laut Infratest dimap verliert die SPD 28 000 Stimmen an die CDU und 15 000 an die FDP, weitere 5 000 an die AfD. Die wesentliche Abwanderung findet also zu Parteien rechts von der SPD statt. Nur 2 000 Stimmen gehen im Saldo an die Grünen verloren, von den „anderen“ Parteien (einschließlich Piratenpartei, Die Linke, SSW) gewinnt die SPD im Saldo 8 000 Stimmen. Die Regierungstätigkeit der SPD hat somit nicht zu erkennbaren Verlusten nach links geführt, und die Linke konnte der SPD keine Stimmen abjagen. Sie hatte gedacht, vor allem mit dem Thema „soziale Gerechtigkeit“ Stimmen gewinnen und den Menschen, die in Schleswig-Holstein

in Armut leben, mit ihrem Einzug in den Landtag wieder eine Stimme verleihen zu können. Das ist ihr misslungen. Im Land zwischen Nord- und Ostsee ist die SPD traditionell eher links aufgestellt. So hatte die SPD denn auch alle Themen der Linken selbst besetzt. Die Linke konnte nur dagegenhalten, indem sie ständig betonte, die SPD mit ihrer Landesregierung sei in allem nicht konsequent genug. Gleichzeitig erklärte sie in jedes ihr hingehaltene Mikrophon, sie sei „einer Regierungsbeteiligung nicht abgeneigt“ – wenn man sie nur darum bitte. So kam es zu diesem anmacherischen Großplakat, auf dem der SPD-Ministerpräsident vor den Problemen den Kopf in den Sand steckt, weil ihm „Haltung“ fehle. In der Wahlkampfkasse hatte die Linke 287 000 Euro. Die hohen Erwartungen, teilweise lag die Linke in den Umfragen bei über 5,5 %, liegen nun jäh am Boden.

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt



Die Linke verpasst den Einzug in den Kieler Landtag erneut, auch wenn das Ergebnis besser ausfällt als 2012 (absolute Stimmen: +87%). Eine kräftige Brise Rückenwind für die kommenden Wahlen sieht indes anders aus, zumal die Umfragen den Einzug in den Landtag möglich erscheinen ließen. Bereits 2012 hatten wir im Wahlbericht analysiert, dass der Einzug in den Landtag 2009 nur im Windschatten der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl gelungen war und anschließend keine angemessene Parteiorganisation und Mitgliederdichte aufgebaut werden konnte. 2017 scheint sich daran wenig geändert zu haben, auch wenn die über-

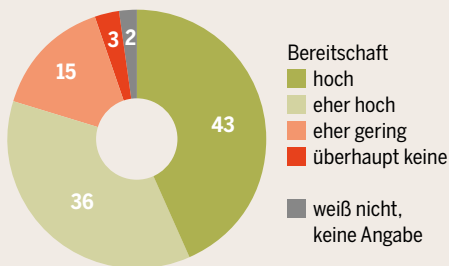
durchschnittlichen Ergebnisse bei jüngeren Wählern und in städtischen Regionen (Flensburg 7,0%; Kiel 7,2%; auf die Anziehung ehemaliger Piratenwähler und generell einer neuen, jüngeren Generation hindeuten. Insofern reiht sich das Wahlergebnis in die Reihe etlicher anderer Ergebnisse seit 2011 ein – als zarter Hinweis auf einen beginnenden Wechsel in Mitglied- und Wählerschaft, der aber noch keine politische Durchschlagskraft entwickelt.

Aus der Wahlberichtserstattung von Horst Kahrs für die RLS, vollständig unter: www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2017/05/WNB-SH-LTW-2017-1.pdf

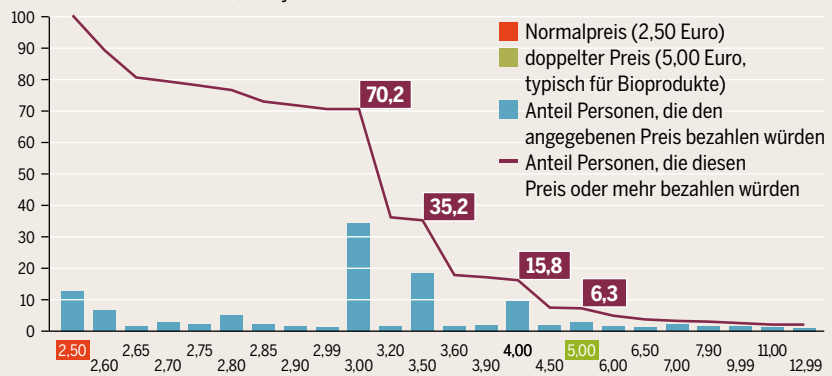
HÖHERE PREISE FÜR DAS TIERWOHL

Bereitschaft und Grenzen, für Fleisch aus artgerechter Produktion mehr zu zahlen

Allgemeine positive Äußerung gegenüber einem Preisaufschlag für mehr Tierwohl, Meinungsumfrage 2015, in Prozent



Spezielle Zahlungsbereitschaft für 250 Gramm Kotelett mit einem Tierwohl-Label, Analyse 2015, in Prozent und Euro



FLEISCHATLAS REGIONAL / BMEL

Das geht auch Vegetarier und Veganer an:

Plädoyer für das Fleischversorgungszentrum Mannheim, über dessen Liquidierung der Gemeinderat demnächst zu entscheiden hat

Das Fleischversorgungszentrum Mannheim (FVZ) steht auf der Kippe: Es ist eine zu hundert Prozent städtische GmbH und erwirtschaftet zurzeit einen Jahresverlust von über einer Million Euro. Das ist für die städtischen Finanzen nicht gut, bemüht man sich doch gerade, die finanziellen Mittel für dringende kommunale Investitionen zu sichern. Und soll ein Betrieb, der nicht mehr wie vor hundert Jahren zur hygienischen und ausreichenden Grundversorgung der Bevölkerung mit Fleisch notwendig ist, tatsächlich kommunal geführt werden – selbst mit Verlusten? Wir wissen doch: So, wie der Strom aus der Steckdose kommt, kommt das Fleisch von Lidl, Aldi und Rewe. Tatsächlich stehen die Zeichen schlecht für das FVZ. Es ist der letzte große kommunale Schlachthof. Aber er ist viel zu klein, um mit den wirklich Großen mithalten zu können – und genau darin liegt das eigentlich Besondere: Das FVZ Mannheim ist gerade kein Player in der Welt der monströsen Massentierhaltung und der Megaschlachthöfe. Das FVZ hat

das Potenzial, Teil einer regionalisierten Lebensmittelversorgung zu sein – am besten zusammen mit der Großmarkt Mannheim GmbH (GMM), die ebenfalls zu hundert Prozent städtisch ist und sogar Gewinne im mittleren sechsstelligen Bereich erwirtschaftet.

Fleischwelt im Umbruch

Schon 1975, acht Jahre vor Ablösung des alten Schlachthofs durch das neu errichtete FVZ, konstatierte der „Spiegel“: „Schlachthöfe: Letztes Gefecht. Westdeutschlands Kommunal-Schlachthöfe kosten den Steuerzahler immer mehr Geld. Eine bundesweite Privatisierungswelle verspricht Abhilfe. (...), beschlossen bereits 70 westdeutsche Städte, ihre Schlachthöfe zu privatisieren. (...) Denn mit dem Vordringen moderner Kühl- und Transportsysteme entstanden in den ländlichen Erzeugergebieten immer mehr private und genossenschaftliche Versandschlachtereien, die ihre Rinder- und Schweinehälften schnell und preiswert in jeden Winkel der Bundesrepublik

liefern können.“ (27.10.1975). Das Ergebnis dieser Entwicklung bedeutet heute: Die Bundesrepublik ist hinter China und den USA der weltweit drittgrößte Schweineproduzent. Die Schlachtung ist hochzentralisiert: „Die vier größten Unternehmen (Tönnies, Vion, Westfleisch und Danish Crown) haben in 2015 zusammen einen Marktanteil von 63 %. Allerdings ist im Vergleich zu den Vorjahren auffällig, dass sich die Schlachtzahlen an Schweinen der genannten Unternehmen weitestgehend auf Vorjahresniveau bewegen.“ (Beteiligungsbericht der Stadt Mannheim für das Jahr 2015, S. 214). Laut Gewerkschaft NGG beschäftigt die Schlachtindustrie 170 000 Menschen; davon sind nur rd. 41 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigt – die Mehrheit arbeitet auf Werkvertragsbasis (agrag heute vom 20.10.2016).

Wie funktioniert das FVZ?

Die Schlachtung findet als Lohnschlachtung durch eine alt eingessene Firma statt mit z.T. seit Jahrzehnten sozialversicherungspflichtig beschäftigten Schlachtern. Die städtische GmbH stellt das Schlachtgebäude samt technischer Ausrüstung sowie die Tierställe. Die Veterinäre sind städtische Angestellte, das technische und kaufmännische Personal wird von der FVZ GmbH gestellt (TVöD, 17 Personen). Das FVZ erhält je Schlacht tier eine Gebühr. Ferner vermietet es Gebäude auf dem Grundstück an Zerleger, Fleischverarbeiter, Händler und Nebenbetriebe. In diesen beim FVZ angesiedelten Betrieben arbeiten ca. 160 Menschen. Das FVZ war bisher von zwei Großkunden abhängig (zusammen etwa 90% der Schlachtungen). Der größere Kunde – Edeka – hat sich mittlerwei-

Köln: Das SSM, die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim, legte am 28. März den Grundstein für eine Second-Hand Möbelhalle.

Über dem Gewerbaureum entstehen Wohnungen für die Menschen, die auch dort arbeiten. Für acht auf dem Arbeitsmarkt bisher chancenlosen Menschen sollen hier Arbeitsplätze entstehen. 400 000 Euro hat der SSM und sein Förderverein Mach mit für den Rohbau finanziert, zum Teil durch eigene Bauleistung. 170 000 Euro für den Innenausbau fehlen noch. Der SSM hofft dabei auf die Unterstützung durch Rat und Verwaltung. Bei der Versenkung der Zeitkapsel waren immerhin schon alle Fraktionen und Vertreter der Verwaltung anwesend.



➔ le vollkommen zurückgezogen. Dies ist neben Produktionskosten- und Tarifierhöhungen einer der Gründe für die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme des FVZ. Mit Edeka wurde viel Umsatz, aber kaum Gewinn erzielt. Positiv an Edeka war ein hoher Qualitätsstandard, den man verlangte hinsichtlich Tierherkunft, Tierhaltung, Schlachtmethode und Schlachtkörperhygiene.

Wie soll es nach Auffassung der Stadtspitze weitergehen?

Der Oberbürgermeister Peter Kurz sowie der Aufsichtsratsvorsitzende der FVZ Mannheim GmbH, Bürgermeister Michael Grötsch, haben öffentlich angekündigt, dass sie die Liquidierung des Schlachtbetriebes mit Rückbau der Betriebsgebäude bevorzugen. Das hätte unmittelbare Auswirkungen für die angesiedelten Betriebe. Es ginge dann also um insgesamt 180 Arbeitsplätze. Damit würde die Stadt in einem Umfang Arbeitsplätze vernichten, der sie bei vergleichbaren Plänen in der „freien Wirtschaft“ durchaus und berechtigterweise auf den Plan gerufen hat. Im Übrigen ist eine solche Liquidation weder kurzfristig noch kostenfrei umzusetzen. Vielmehr ist mit Kosteneffekten im oberen einstelligen Millionenbereich zu rechnen.

Welche Alternative(n) gibt es?

Das FVZ könnte als „Frischezentrum“ gemeinsam mit der GMM weitergeführt werden (evtl. nach Fusion). Eine konsequente und ausdrückliche Regionalisierungsstrategie mit Schlachttieren aus den umliegenden Regionen und einer entsprechenden Markenbildung wäre mit Sicherheit eine passende Antwort auf die zunehmende Abneigung von KundInnen gegen Ware aus den Mega-schlachthöfen mit all ihren Negativfolgen. Sicherlich müsste der Betrieb angepasst und restrukturiert werden. Er müsste durch besondere Qualität höhere Preise erzielen – wofür laut Umfragen durchaus eine Publikumsbereitschaft absehbar wäre. Der Ekel vor unnötiger Tierquälerei, Menschenverachtung und Umweltschädigung nimmt zu. Solch ein „Frischezentrum“ wäre übrigens kein neu zu erfindendes Rad. Inzwischen hat sich sogar die regionale Bauernschaft eingeschaltet – sie fordert auch eine positive Lösung.

Die Aufsichtsräte der FVZ Mannheim GmbH wie auch der GMM GmbH und der städtischen Holding SMB GmbH werden im Mai die Alternativen in einer Klausur diskutieren. Dies konnte immerhin schon mal gegenüber ungestümen Planungen der Stadtspitze durchgesetzt werden.

Thomas Trüper (Stadtrat Die Linke)

Zur Organisation der Gebäudewirtschaft: KÖLN. Deren aktuelle Überforderung ist ein Folge von Fehlentscheidungen durch die jeweiligen Ratsmehrheiten über viele Jahre hinweg, an denen CDU und SPD, Grüne und FDP beteiligt waren. Beispielsweise war es eine bewusste politische Entscheidung, Architekten und Ingenieure bei der Gebäudewirtschaft schlechter zu bezahlen, als in anderen Ämtern der Verwaltung. Deshalb wechselten beispielsweise in den vergangenen Jahren eine Reihe von Angehörigen dieser Berufe von der Gebäudewirtschaft zum Wohnungsamt oder der Schulverwaltung, wo sie für eine ähnliche Tätigkeit ein höheres Gehalt erhielten. Da wurde am falschen Ende gespart. Hier wird von der Verwaltungsvorlage nun eine grundsätzlich neue Organisationsform der Gebäudewirtschaft vorgeschlagen. In der bisherigen Diskussion in den Ratsgremien wurde als konkrete Organisationsform seitens der Verwaltung nur diejenige einer privatrechtlichen GmbH genannt, wie auch auf Seite 8 der jetzigen Vorlage, gepaart mit den Wörtern „effizient“ und „Leistungsfähigkeit steigern“. Das hört sich sehr nach neoliberaler Privatisierungsideologie an, die das Jamaica-Bündnis im Rat zu verfolgen scheint. Statt der Auslagerung einer kleinen Arbeitsgruppe in eine GmbH schlagen wir stattdessen eine „Task Force Schulbau“ innerhalb der Verwaltung vor, die dazu dienen soll, in der angedachten Weise schneller und effizienter zu bauen und zu planen. Diese Task Force wird nicht nur von den Verwaltungsstrukturen und der demokratischen Steuerung durch Ratsgremien entfernt sein. Zugleich wird die Mitbestimmung der Nutzer der Schulbauten, der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Eltern weiter ermöglicht, die ein wichtiger Baustein für ein erfolgreiches Bauen von Schulen ist. Auch innerhalb der bestehenden Verwaltungsstrukturen ist eine Beschleunigung von Einstellungsverfahren und Vergabeprozessen möglich. Die Personalgewinnung bei der Gebäudewirtschaft kann verbessert werden, wenn die tariflichen Spielräume zur besseren Bezahlung der Beschäftigten genutzt werden und Qualifizierung zur Weiterentwicklung im Unternehmen führen kann. Was bei der Gebäudewirtschaft in den letzten Jahren an Personalkosten gespart wurde, wird durch die Mehrkosten der Generalunternehmer – schätzungsweise 10-15% – in diesem und den kommenden Notmaßnahmenpaketen wieder ausgegeben. www.linksfraktion-koeln.de

Müllbeseitigung ist eine öffentliche Aufgabe – sie gehört wieder in die öffentliche Hand: BREMEN. 2018 laufen die Verträge mit dem privaten Dienstleister Nehlsen für die Müllabfuhr und Straßenreinigung in der Stadt Bremen aus. Die Verträge mit Remondis in Bremerhaven laufen bis 2022. Es gibt gute Gründe, dieses wieder in die öffentliche Hand zurück zu holen: Transparenz und öffentliche Kontrolle, Tariflöhne für alle Müllwerker, ökologische und gebührenstabile Abfallwirtschaft. Um dieses sicher zu stellen hat Verdi in Bremen eine Aktion mit dem Ziel gestartet, dass die Entsorgung wieder kommunal organisiert wird. Hierzu gibt es im Land Bremen ein Volksbegehren, um eine gesetzliche Grundlage dazu zu schaffen. Deshalb hat die Bremerhavener Linke zusammen mit der Dienstleistungsgewerkschaft am Wochenende am Rande des Geestemünder Markts sowie in der Bremerhavener Innenstadt Unterschriften gesammelt. Daneben gibt es einen Bürger(innen)antrag, der sich derzeit auf die Kommune Bremen bezieht und konkret die Rekommunalisierung der Entsorgung in Bremen fordert. In Bremerhaven müssen wir noch vier weitere Jahre warten, bis die Verträge mit Remondis gekündigt werden können. Die Notwendigkeit einer Überführung der Aufgaben in die öffentliche Hand wird aber derzeit auch gerade in Bremerhaven klar, wenn man sich den Zustand der Deponie am Grauen Wall ansieht und die Pläne, diese Anlage noch zu vergrößern. Dabei spielt die Entsorgung des Bremerhavener Haushalts- und Industriemülls nur eine untergeordnete Rolle – Müll und seine Beseitigung sind ein lukratives Geschäft. Da eine kommunale Gesellschaft nicht der Profitlogik unterliegt, kann sie ökologischer für die Bürger und die Umwelt arbeiten, zu besseren Bedingungen für die Beschäftigten, ohne dass die Gebühren steigen müssten. www.dielinke-bremen.de

Was wird aus der städtischen IT? MÜNCHEN. Die Stadtratsgruppe der Linken führte am 25. April 2017 einen Kommunalpolitischen Jour Fixe zum Thema: Was wird aus der Städtischen IT? durch. Die künftige Ausrichtung der städtischen IT schlägt immer wieder Wellen – sowohl in organisatorischer als auch in technischer Hinsicht. Erst im Februar 2017 hat der Stadtrat einen Beschluss gefasst, der nicht nur organisatorisch große Umwälzungen hervorrufen wird, sondern auch eine Abkehr von Linux als Standardbetriebssystem für Client-Rechner beinhaltet.

tet. Mit dem Gast Karl-Heinz Schneider, Werkleiter Informations- und Telekommunikationstechnik beim städtischen Eigenbetrieb it@M, wurden folgende Fragen diskutiert: Vor 15 Jahren hat die Stadt München beschlossen, Linux als Standardbetriebssystem einzuführen und die Zahl der von den Referaten genutzten Anwendungen zu konsolidieren. Wie weit konnte dieser Beschluss umgesetzt werden? Was waren bzw. sind die größten Umsetzungshindernisse? In den letzten 15 Jahren hat sich die IT rasant weiter entwickelt. Ist das Thema „Client-Betriebssystem“ technisch noch von solcher Brisanz? Oder doch eher ein politisches Reizthema? Was sind aus Ihrer Sicht die dringendsten Probleme der städtischen IT? Welche Herausforderungen kommen mit den Schlagworten „Smart Cities“ und „Internet of Things“ auf die städtische IT zu?

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Kreistag beschloss im Juni die Einrichtung von Kreiswerken/ Linke: Kommunalisierung ist der richtige Schritt: BARNIM. Mit großer Mehrheit wurde die Errichtung der Kreiswerke auf dem Kreistag im Juni beschlossen. Die Kommunalisierung der Aufgaben der Daseinsvorsorge war und ist ein zentrales Thema der Linken. Deshalb ist mit diesem Beschluss eines der wesentlichen Themen aus dem Wahlprogramm der Linken auf den Weg gebracht worden. Es ist aber klar, dass der Beschluss erst ein erster Schritt eines Prozesses ist, der sich über Jahre hinziehen wird. Aber mit dem Aufbau von Kreiswerken können kommunale Akteure beim Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt, Bürgerprojekte vorangetrieben und Kooperationen gefördert werden. Im Konstrukt „Kreiswerke“ sind somit kommunale Projekte und gemeinsame Projekte von privaten und kommunalen Akteuren möglich. Bestehende kommunale Unternehmen, wie die Stadtwerke Barnau, sind nicht in ihrem Bestand gefährdet, sondern können als Partner bei Projekten einbezogen werden. Nun müssen die Kommunen des Kreises zur Zusammenarbeit gewonnen werden, um so kommunale Daseinsvorsorge vor Ort zu organisieren. Ein weiteres Thema des Kreistages war eine Stellungnahme zur anstehenden Verwaltungsstrukturreform, die ebenfalls mit Mehrheit beschlossen wurde. Kernaussagen sind, dass nach den formalen Vorgaben des Landes (Bevölkerungsentwicklung, Fläche) für den Barnim kein zwingender Fusionsgrund besteht – der Kreistag aber trotzdem die Notwendigkeit struktureller Veränderungen akzeptiert, um Unterschiede zwischen den Regionen abzubauen.

www.dielinke-barnim.de

Auch bei kommunalen Verkehrsbetrieben: Guter Lohn für gute Arbeit! KIEL. „Stadtbusse sind ein unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gerade deswegen ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Verkehrsbetriebe angemessen entlohnt werden. Wenn die Arbeitgeberseite nur eine Tarifanpassung vorschlägt, die real Kaufkraftverluste bedeuten würde, sind Streiks folgerichtig. Es braucht guten Lohn für eine solche wichtige Arbeit!“, so Stefan Karstens. In den Morgenstunden hatten die Beschäftigten der Busunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr in Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster die Arbeit niedergelegt. Zuvor waren Tarifverhandlungen aufgrund der starren Haltung des kommunalen Arbeitgeberverbandes, keine angemessenen Löhne zahlen zu wollen, ergebnislos geblieben. Stefan Karstens, arbeitspolitischer Sprecher der Linken in Schleswig-Holstein und Kandidat zur Landtagswahl, weiter: „Im Moment erhalten die Busfahrerinnen und Busfahrer für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit einen Lohn, der mehr als fünf Euro unterhalb des bundesweiten durchschnittlichen Bruttostundenlohns liegt – und damit niedriger ist, als der vergleichbarer Beschäftigter in anderen Bundesländern. Die Forderungen der Gewerkschaft Verdi nach moderaten Lohnerhöhungen sind völlig angemessen und müssen erfüllt werden. Wenn die Beschäftigten für ihr gutes Recht kämpfen müssen, können sie sich der Unterstützung der Linken sicher sein.“

www.linke-sh.de

Bürgerfreundliche Wertstoffsammlung erfordert wirksame kommunale Steuerung: BERLIN. Die kommunalen Spitzenverbände haben anlässlich der Anhörung im Deutschen Bundestag den Entwurf für ein Verpackungsgesetz deutlich kritisiert. „Wir lehnen den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung ab, da wichtige Anliegen der Kommunen darin nicht berücksichtigt werden. Wir erwarten neben richtigen und wichtigen Verbesserungen beim Recycling vor allen Dingen auch eine einfache bürgerfreundliche Sammlung von Verpackungsabfällen in den Städten, Landkreisen und Gemeinden. Es geht uns darum, das Nebeneinander von kommunaler Haushaltsabfallentsorgung und dualen Systemen bestmöglich aufeinander abzustimmen. Diesem Ziel wird der Gesetzentwurf nicht gerecht. Vielmehr werden kommunale Steuerungsmöglichkeiten erschwert zugunsten der dualen Systeme und so die Abläufe unnötig verkompliziert.“ Die parallelen Sammelstrukturen von Kommunen und dualen

Systemen müssten künftig zumindest möglichst reibungslos aufeinander abgestimmt werden, um für die kommunale Praxis vor Ort eine tatsächliche Verbesserung im Vergleich zur geltenden Rechtslage unter der Verpackungsverordnung zu erreichen. „Dazu ist es erforderlich, den Kommunen praktikable und wirksame Steuerungsinstrumente an die Hand zu geben, damit sie für die haushaltsnahe Sammlung der Verpackungsabfälle durch die dualen Systeme einen klaren und rechtssicheren Rahmen vorgeben können. Wir unterstützen daher nachdrücklich die entsprechenden Änderungsvorschläge des Bundesrates, die dieser vor wenigen Wochen formuliert hat“, so die drei Präsidenten. Dazu gehören, die Kommunen festlegen zu lassen, wie die durchzuführende Sammlung der Kunststoff-, Metall-, Verbund- und Glasverpackungen bei Privathaushalten etwa im Hinblick auf Art und Größe der Sammelbehälter oder die Häufigkeit der Abholung zu erfolgen habe. www.dstgb.de

„Kommunale Unternehmen sind eine unverzichtbare Stütze für den Wirtschaftsstandort Deutschland“: BERLIN. Der Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) und Oberbürgermeister der Stadt Mainz, Michael Ebling, hat heute auf der VKU-Verbandstagung auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung kommunaler Unternehmen hingewiesen. „Kommunale Unternehmen sind eine unverzichtbare Stütze für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie sorgen für eine lebenswerte Heimat und für gute Zukunftsperspektiven von Wirtschaft und Gesellschaft“, so Ebling. „Auf jeden Vollzeitbeschäftigten eines VKU-Mitgliedsunternehmens entfallen nahezu zwei weitere Beschäftigte. Gemeinsam schaffen unsere mehr als 1 450 Unternehmen direkt und indirekt Beschäftigung für 770 000 Menschen in Deutschland.“ Kommunale Unternehmen übernehmen im digitalen Zeitalter mit ihren Infrastrukturdienstleistungen darüber hinaus wesentliche Aufgaben, die für die Gesellschaft unentbehrlich sowie für alle nachfolgenden Wirtschaftstätigkeiten essenziell sind. Ebling: „Ohne schnelle Breitbandversorgung keine Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne verlässliche und intelligente Energieversorgung keine industrielle Produktion und keine Versorgungssicherheit. Ohne vor äußeren Angriffen geschützte Wasserver- und Abwasser- sowie Abfallentsorgung keine Gewährleistung essenzieller Daseinsvorsorgedienstleistungen und keine Ver- und Entsorgung in der Fläche.“ www.vku.de

Zusammenstellung: Ulli Jäckel, Hamburg

Nach über zwei Jahren Mindestlohn in Deutschland haben sich die größten Befürchtungen nach einem massiven Arbeitsplatzabbau nicht bewahrheitet. Er zieht eine Untergrenze auch für tarifliche Löhne und stärkt die Kaufkraft. Wir dokumentieren aus Stellungnahmen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, eine Einrichtung der Bundesanstalt für Arbeit, des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB.

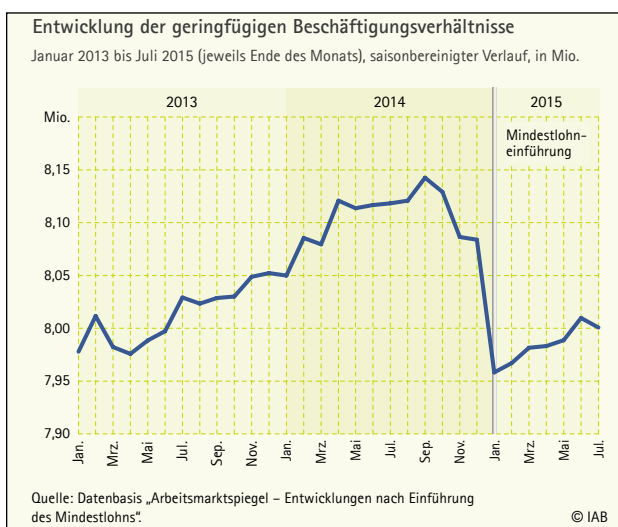
Nach Einführung des Mindestlohns: Umwandlungen von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben sich verdoppelt

www.iab.de: Mit der Einführung des Mindestlohns im Januar 2015 ist die Zahl der Minijobs saisonbereinigt um 125 000 zurückgegangen. Der Rückgang wurde jedoch teilweise durch eine verstärkte Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeglichen. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich die Zahl der umgewandelten Minijobs verdoppelt. Ein Teil dieser Umwandlungen hat dabei andere Stellen ersetzt. Das geht aus einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor, die am Mittwoch veröffentlicht wurde.

Im Januar 2015, unmittelbar nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, lag die Zahl der Umwandlungen bei fast 110 000, und damit mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr (53 000). Dabei wurden verstärkt Minijobs von Frauen, Älteren, Ostdeutschen sowie von Beschäftigten in mittelgroßen Betrieben in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt. Stark überdurchschnittlich waren die Umwandlungen außerdem in den Wirtschaftsabschnitten „Verkehr und Lagerei“ sowie „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“.

In Betrieben mit relativ vielen Minijobs wurden diese nicht nur häufiger umgewandelt, in ihnen endeten auch tenden-

ziell mehr geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Zudem wurden in ihnen weniger neue Minijobs geschaffen. Die Zahl der Umwandlungen selbst hatte keinen zusätzlichen Effekt auf den Abbau der geringfügigen Beschäftigung im Betrieb. Allerdings gab es bei mehr umgewandelten Minijobs in einem Betrieb auch



mehr Abgänge aus sozialversicherungspflichtigen Jobs. „Etwas weniger als die Hälfte der Umwandlungen bedeuten zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung“, so die IAB-Forscher Philipp vom Berge und Enzo Weber.

Die im Zuge der Mindestlohneinführung umgewandelten Beschäftigungsverhältnisse waren bislang nicht weniger stabil als solche in der Vergangenheit: „Es stellt sich heraus, dass sich die Stabilität der umgewandelten Beschäftigungsverhältnisse im Vergleich zu den beiden Vorjahren sogar etwas erhöht hat“, schreiben vom Berge und Weber.

Mindestlöhne: Was ändert sich ab 2017? Wer profitiert derzeit?

www.dgb.de: 1,9 Millionen Jobs wurden im April 2015 laut Statistischem Bundesamt mit Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro brutto bezahlt. Eine Million Beschäftigungsverhältnisse wurde mit weniger als Mindestlohn vergütet, darunter Beschäftigtengruppen, die gesetzlich vom Mindestlohn ausgenommen sind. Vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohns am 1. Januar 2015 gab es noch vier Millionen Jobs mit einem ge-

ringeren Stundenlohn als 8,50 Euro.

Insbesondere Frauen, MinijobberInnen, Ungelernte, Beschäftigte in Dienstleistungsbranchen und in Ostdeutschland können sich über ein kräftiges Lohnplus freuen. Ein Viertel der Jobs mit Mindestlohn (0,5 Mio.) entfiel im April 2015 auf Ostdeutschland, das entspricht 11 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse in den Neuen Bundesländern. In Westdeutschland wurden vier Prozent

aller Jobs mit Mindestlohn vergütet (1,4 Millionen).

In zwei Branchen liegen die Mindestlöhne (teilweise) noch unter dem gesetzlichen Niveau von 8,50 Euro, für die anderen Branchen sind bereits Erhöhungen vereinbart:

- bei den Wäschereidienstleistungen im Objektkundenbereich Ost gilt der Branchenmindestlohn von derzeit 8,75 Euro noch bis Ende September 2017 und liegt damit noch 9 Cent unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns,

- in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau steigt das Mindestentgelt zum Januar 2017 auf 8,60 Euro einheitlich für Ost und West, ab November 2017 dann auf 9,10 Euro,

- in der Textil- und Bekleidungsindustrie Ost steigt der Mindestlohn zum November 2016 auf 8,75 Euro und wird ab Januar 2017

- wie für den Westbereich – auf den aktuellen gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro angehoben.

- In der Leiharbeit gilt der Mindestlohn von derzeit 9 Euro (West) und 8,50 (Ost) bis zum 31. Dezember 2016. Ob es eine Folgevereinbarung gibt, hängt von dem Ausgang der Tarifverhandlungen ab. Bis dahin gilt ab 1. Januar 2017 der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,84 Euro

- sowohl in verleihfreien Zeiten als auch für den Zeitraum des Einsatzes in einem Entleihbetrieb. Aber: Die meisten Branchen-Mindestlöhne liegen bereits jetzt deutlich oberhalb von 8,50 und 8,84 Euro – sie werden weiter steigen und haben Vorrang vor dem gesetzlichen Mindestlohn.

Berichte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts WSI

www.boeckler.de WSI-Mindestlohnbericht 2017; Hohe Zuwächse in Europa. Im Jahr 2016 hat sich das Wachstum der Mindestlöhne noch einmal beschleunigt und damit den bereits seit einigen Jahren andauernden Trend hin zu einer dynamischeren Mindestlohnentwicklung fortgesetzt. In den meisten europäischen Ländern profitieren die Mindestlohnempfänger zudem von der niedrigen Preisentwicklung und können teilweise erhebliche Reallohnzuwächse verzeichnen. Allerdings liegt sowohl der absolute als auch der relative Wert des Mindestlohns in vielen Ländern nach wie vor auf einem eher geringen Niveau, das oft kein existenzsicherndes Einkommen ermöglicht. Deshalb werden auch in den kommenden Jahren kräftigere Mindestlohnsteigerungen auf der Tagesordnung stehen und die Debatten um eine europäische Mindestlohnpolitik beflügeln.

Bei der Höhe nationaler Mindestlöhne zeigen sich sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas erhebliche Unterschiede. Gemessen in Euro lassen sich im Hinblick auf die Mindestlohn-niveaus innerhalb der EU drei Gruppen identifizieren: Die erste Gruppe mit relativ hohen Mindestlöhnen umfasst insgesamt sieben Staaten aus Westeuropa. Das höchste Mindestlohn-niveau mit einem Wert von 11,27 € pro Stunde findet sich in Luxemburg, für dessen Arbeitsmarkt der Mindestlohn angesichts eines extrem hohen Anteils von Berufspendlern aus dem benachbarten Ausland besonders wichtig ist. Der zweithöchste Mindestlohn existiert mit 9,76 € pro Stunde in Frankreich, gefolgt von den Niederlanden mit 9,52 €, Belgien mit 9,28 € und Irland mit 9,25 €.

Am unteren Ende der ersten, westeuropäischen Gruppe befinden sich Deutschland und Großbritannien mit Mindestlöhnen von 8,84 € bzw. 8,79 €. Im britischen Fall wird der in Euro ausgewiesene Wert jedoch durch die aktuelle Entwicklung des Wechselkurses stark unterzeichnet. Ohne die fast 13-prozentige Abwertung des britischen Pfundes gegenüber dem Euro im Jahre 2016 läge der britische Mindestlohn heute bei 9,92 € und würde damit einen europäischen Spitzenwert einnehmen.

In einer zweiten Gruppe mit Mindestlöhnen zwischen 3 € und 5 € pro Stunde befinden sich insgesamt fünf EU-Staaten, darunter Slowenien mit 4,65 € sowie die südeuropäischen Staaten Malta, Spanien, Griechenland und Portugal mit Mindestlöhnen zwischen 3,35 € und 4,29 €.

Die dritte Gruppe mit Mindestlöhnen unterhalb von 3 € umfasst ausschließlich Länder aus Mittel- und Osteuropa. Das Mindestlohn-niveau bewegt sich hier in der Mehrzahl der Länder zwischen 2,25 € in Lettland und 2,78 € in Estland. Lediglich in Rumänien und Bulgarien liegen die Mindestlöhne mit 1,65 € bzw. 1,42 € pro Stunde noch einmal deutlich niedriger als in den übrigen osteuropäischen EU-Staaten.

... Wie bereits am Beispiel Großbritanniens erläutert wurde, ist der internationale Vergleich von Mindestlöhnen umgerechnet in Euro jedoch nur bedingt aussagefähig, da er stark durch Wechselkursschwankungen beeinflusst wird. So ist der Euro z. B. im Jahr 2016 gegenüber den Währungen einer Reihe anderer Länder deutlich aufgewertet worden, sodass deren Mindestlöhne gemessen in Euro mitunter gesunken sind, während sich ihr Wert gemessen in nationaler Währung in der Regel erhöht hat.

Neben den Wechselkursschwankungen ist weiterhin von zentraler Bedeutung, dass aufgrund des jeweiligen na-

tionalen Preisniveaus und der damit verbundenen Lebenshaltungskosten den jeweiligen Mindestlohn-beträgen oft eine sehr unterschiedliche Kaufkraft gegenübersteht.

Fazit: Mindestlohndynamik gewinnt weiter an Fahrt:

Vor dem Hintergrund der längerfristigen Entwicklungstrends hat sich innerhalb der EU die Rückkehr zu einer dynamischeren Entwicklung bei den Mindestlöhnen, die bereits in den Vorjahren begonnen hatte (Schulten 2016c), im Jahr 2016 noch einmal beschleunigt. Nachdem die Erhöhung der Mindestlöhne im Zuge der Krise 2008ff. deutlich zurückgegangen war und die Mindestlöhne real EU-weit stagnierten, kam es seit 2013 wieder zu kräftigen Reallohn-zuwächsen. Im Jahr 2016 lag die mittlere Erhöhung der Mindestlöhne in der EU bei 5,0 %.⁷ Angesichts der sehr niedrigen Inflationsraten entsprach dies einem Reallohnzuwachs von 4,6 % und damit dem höchsten Zuwachs seit dem Jahr 2000.

Hinter den vergleichsweise hohen Steigerungs-raten verbirgt sich zum einen ein gewisser Nachholbedarf, nachdem die Mindestlöhne seit der Krise 2008ff. in nur sehr bescheidenem Maße angestiegen sind. Darüber hinaus hegt sowohl der absolute als auch der relative Wert des Mindestlohns in vielen Ländern nach wie vor auf einem eher geringen Niveau, was immer wieder zu Debatten über kräftigere Mindestlohn-erhöhungen führt.

Vor diesem Hintergrund bleibt nicht zuletzt auch die Frage einer europäischen Mindestlohn-politik auf der Tagesordnung (Schulten 2015b; Schulten et al. 2016). Zum wiederholten Male hat z. B. das Europäische Parlament im Herbst 2016 „die Einführung von Mindestlöhnen in Form nationaler Lohnuntergrenzen empfohlen und dabei das Ziel formuliert, „nach Möglichkeit stufenweise ein Niveau von mindestens 60 % des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns zu erreichen, damit keine übermäßigen Lohngefälle entstehen und damit die Gesamtnachfrage, die wirtschaftliche Erholung und die soziale Konvergenz auf hohem Niveau gestützt werden“ (Europäisches Parlament 2016). In einem eigens hierzu erstellten Bericht der französischen Nationalversammlung wird darüber hinaus vorgeschlagen, eine europäische Mindestlohn-politik in den Rahmen des Europäischen Semesters zu integrieren, wobei anstelle der bislang eher auf Mäßigung oder gar Kürzung zielenden lohnpolitischen Empfehlungen der Europäischen Kommission zukünftig die Orientierung an einem hohen Kaitz-Index stehen und damit eine expansivere Mindestlohn-politik unterstützt werden soll.

Abfallentsorgung: Gesetzlicher Mindestlohn schwächt Tarifautonomie. PM, BDE, 02/17.

– ... „Die Arbeitgeber (Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft) sehen im gesetzlichen Mindestlohn eine Schwächung der Tarifautonomie, da dieser bestehende Tarifverträge verdrängt. Das ist vor dem Hintergrund der Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie, die diese immer wieder und gerade in der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit in den Jahren 2008 und 2009 unter Beweis gestellt hat, nicht zu rechtfertigen. Daneben gibt es in manchen Bundesländern gesetzliche Bestimmungen zur öffentlichen Auftragsvergabe, in denen unterschiedliche, sog. „vergabespezifische Mindestlöhne“ gefordert werden. Schon für ein nur bundesweit (also nicht EU-weit) tätiges Unternehmen ist damit ein erheblicher bürokratischer Aufwand verbunden. Der BDE sieht sie daher sehr kritisch.“ www.bde.de

Gesetzlicher Mindestlohn führt zu mehr Bürokratie und Rechtsunsicherheit. PM, BDA, Sa., 24.03.17.

– Angesichts günstiger Konjunktur ist es zu früh, aus der Arbeitsmarktlage nach Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns zu schließen, dass seine Wirkung unschädlich ist. Vor allem Branchen, die vom gesetzlichen Mindestlohn besonders betroffen wären, haben durch Übergangsregelungen die Möglichkeit erhalten, vom ges. Mindestlohn noch bis Ende 2017 abzuweichen. Für Menschen, die noch nie gearbeitet haben und Langzeitarbeitslose sollte der Mindestlohn nicht gelten. Für diese Personengruppen sollten wenigstens für die ersten zwölf Monate einer Beschäftigung Abweichungsmöglichkeiten eröffnet werden. Dies würde auch Zugewanderten den Eintritt in den Arbeitsmarkt erleichtern. www.arbeitgeber.de

Private Pflege sieht starke Belastung der Einrichtungen durch Mindestlohn. PM, Arbeitgeberverband Pflege, Die., 25.4.17.

– „Ein höherer Pflege-Mindestlohn ist eine deutliche Anerkennung für anspruchsvolle und körperlich stark fordernde Arbeit in der Altenpflege. Eigentlich sind die Zahlen zu hoch. Sie werden die ambulanten und stationären Einrichtungen stark belasten und zu höheren Zuzahlungen der Pflegebedürftigen führen. Die Einigung auf einen neuen Pflege-Mindestlohn bedeutet aber eine klare Absage an alle Bestrebungen, in den nächsten Jahren flächendeckende, allgemeinverbindliche Tarifverträge durchdrücken wollen. Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut.“ www.arbeitgeberverband-pflege.de

Zusammenstellung: Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)



Köln: Eindrucksvolle Proteste gegen den AfD-Parteitag

Gegen den AfD Parteitag demonstrieren am 22. April ca. 30 000 Menschen auf zwei Demonstrationen und einem Konzert des Kölner Karnevals. Die Demonstration von „Köln gegen Rechts“ hat eher politische Kräfte angesprochen, die aktiv den Parteitag blockieren wollten. Das schlug aber fehl. Das Bündnis „Köln stellt sich quer“ hatte als Demonstrations-Motto „Tanz die AfD“ mehr einen gesellschaftspolitischen und kulturellen Ansatz. Der Heumarkt, der unmittelbar an den Tagungsort der AfD-Parteitages angrenzte, wurde von morgens 7 Uhr bis 17 Uhr rundum von den zwei Demonstrationen bespielt. Diese Veranstaltungen, aber auch die Kulturveranstaltung des Kölner Karneval hatten das Ziel, bunte Bilder des Protestes an diesem Tag in die bundesweite Öffentlichkeit zu senden und der AfD die „Schau zu stehlen“. Mit unterschiedlichen Nuancen wirkte das gemeinsam und eindrucksvoll.

Dazu kam, dass sich der AfD-Parteitag zerstritten und menschenfeindlich präsentierte. Die Polizei war mit 4 000 Polizisten aufgefahren und hatte seit Wochen massiv davor gewarnt, den AfD-Parteitag zu behindern. Gleichzeitig wurde angekündigt, dass die gewaltbereite Antifa aus Hamburg, Frankfurt und Berlin anreisen würde. Die Kölner Innenstadt wurde verbarrikadiert und vor einem Verkehrschaos gewarnt. Bereits im Vorfeld spürten die Veranstalter, dass viele Kölnerinnen und Kölner Angst hatten. Der Hinweis des Autors und Anmelders einer der Demonstrationen in der Presse, der „Heumarkt sei der sicherste Ort von ganz Köln“ konnte diese Grundstimmung nicht beeinflussen.

Wochen vor der Demonstration war die Hotelkette Maritim bundesweit kritisiert worden, weil sie der AfD nicht nur in Köln, sondern auch in vielen anderen Städten ihre Räumlichkeiten vermietet hatte. Das Bündnis „Köln gegen Rechts“ führte zahlreiche Protestaktionen durch. Auch der Kölner Karneval schloss sich dieser Kritik an. Sie feiern seit Jahren im Kölner Maritim. Nachdem die Hotelkette verkündete, davon in Zukunft

Abstand zu nehmen mussten Antifa-Kräfte in Frankfurt trotzdem Scheiben des dortigen Hotels einwerfen. Das war destruktiv.

Das Bündnis „Köln stellt sich quer“ hatte im Vorfeld über 80 Kölner Organisationen gesammelt. Von A wie „Aufstehen gegen Rassismus“ dem bundesweiten Bündnis, bis Z dem „Zentrum für islamische Frauenforschung und Frauenförderung“ in Köln waren alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc. vertreten. Im Aufruf wurden vor allem positive Forderungen entwickelt, z.B. für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik, für eine „solidarische Gesellschaft“ und für ein friedliches Miteinander der Völker und „für ein geeintes und soziales Europa.“

Bemühungen, alle drei Veranstaltungen enger zusammen zu bringen, scheiterten bereits im Vorfeld. Der NRW-Landtagswahlkampf machte das nicht möglich. Die Kölner Bündnisse müssen die enge Zusammenarbeit wieder entwickeln, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein.

Jörg Detjen, Köln

Widerstand gegen bundesweiten Naziaufmarsch am 3. Juni in Karlsruhe formiert sich

Für den 3. Juni hat die Partei „Die Rechte“ in Karlsruhe ihren sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ mit 1 000 Teilnehmern angemeldet und mobilisiert bundesweit. Im letzten Jahr fand dieser rechte Aufmarsch in Dortmund statt. Dieses Jahr soll er in Karlsruhe-Durlach mit Auftakt und Schlusskundgebung am Durlacher Bahnhof stattfinden. Dagegen hat sich von mehreren antifaschistischen Bündnissen und dem DGB der Widerstand formiert. 9 000 Menschen unterschrieben einen Appell an die Stadt und Oberbürgermeister Mentrup (SPD), sich gegen den rechten Aufmarsch zu stellen und aktiv zu werden. Ebenfalls am Bahnhof wird nun zur gleichen Zeit eine Gegenkundgebung stattfinden, auf der OB Mentrup, Dieter Bürk (DGB-Vorsitzender), Leni Breymaier (SPD-Landesvorsitzende), Karin Binder (MdB Die Linke) und antifaschistische Bündnisse sprechen werden. Danach ruft der DGB zu einer Demonstration auf, zu der 3 000 Menschen erwartet werden. Entlang der Route der Rechten sind zudem diverse Mahnwachen und Aktionen vorgesehen. Die Stadt Karlsruhe wird gegen Rassismus und Fremdenhass flaggen. Der Stadtjugendausschuss wird eine weit sichtbare Installation gegen Fremdenhass und für Solidarität auf dem Turmberg in Durlach aufbauen.

Im Vorfeld findet am 23. Mai eine Veranstaltung mit der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und MdB Die Linke Petra Pau statt.

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Alice Weidel schürt Islamfeindschaft in AfD-ferneren Milieus

Aus ihrem Gastbeitrag in „Junge Freiheit“ vom 11.10.16: „Der Islam wird als Parallelgesellschaft, bewußte Gegenöffentlichkeit als Bestandteil des Dschihad in unser Leben hineingetragen und beeinflusst das Bild des öffentlichen Raumes nachhaltig – so wie wir es von keiner anderen Religionsgemeinschaft kennen.“

„Ich möchte diese archaische Kultur und die entwürdigende Sicht auf die Frau nicht in meinem Land verankert wissen. Wo Feministinnen, Grüne und linke Gutmenschen... versagen, setze ich mich gegen die Unterdrückung der Frau, der Homosexuellen, der Juden, der Christen und von Religionen, die in den Augen des Islams minderwertig sind, ein.“

„Ob Moscheen, ... Kleidungsordnung von Muslimen, Einforderung von Geschlechtertrennung, Einklagen von

Kopftüchern, ... Schiagerichtsbarkeit, Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen und Akzeptanz von Kinderehen – all dies zielt auf die Islamisierung unserer Gesellschaft.“

Der Islam reguliere die gesellschaftlichen Beziehungen und das politische Gemeinwesen auf Basis des Korans und der Hadithe. Die Moschee sei Ort der Niederwerfung, Gebetshaus, aber auch Ort der Politik, alle Moscheen müssten auf Extremismus durchleuchtet werden. „... Solange sich der Islam nicht von innen heraus reformiert, sich glaubhaft von Gewalt gegen Andersgläubige distanziert, Gleichheit von Nicht-Muslimen und Frauen einräumt, solange darf islamischen Organisationen auch nicht der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuerkannt werden.“

Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)



Die Skizzen sollen Atmosphärisches einfangen und sind daher nicht in erster Linie dokumentarische „Gerichtszeichnungen“. Einige wenige (so diese Skizze der Angeklagten Z. und der Mutter des ermordeten Halit Yozgat, die nie real so nahe beieinander zu sehen waren) wurden unter Verwendung von Videoaufnahmen als Grundlage gezeichnet.



Die Ehefrau des Verfassungsschutz-Beamten Andreas T. In einem vom VS aufgenommenen Telefonat spricht sie von „Dreckstürke“. Ihr Mann saß zum Zeitpunkt der Ermordung von Halit Yozgat im Internetcafe und will keine Schüsse gehört haben.



Bild oben: Das Ehepaar Yozgat, die Eltern des Internetcafebetreibers Halit Yozgat – ermordet mit 21.

Bild links: Die Bundesanwaltschaft

Skizzen von Günter Wangerin – Bilder aus dem NSU-Prozess

Zusammengestellt von Hans Waschkau

Seit Ende 2014 macht der Münchner Künstler Günter Wangerin im NSU-Prozess Skizzen – sozusagen mit „höchster richterlicher Genehmigung“. Eine solche muss man nämlich ganz formell beim Senatsvorsitzenden einholen, will man in dieser Art tätig sein. Eine Auswahl davon war bereits am 29. Januar bei einer Lesung des Prozess-Protokolls der SZ im Volkstheater projiziert worden (eine Gemeinschaftsproduktion von Volkstheater, Kammerspielen und Resi). Vom 11. März bis zum 20. April 2017 wurden sie im Kulturhaus Milbertshofen ausgestellt. Die Bilder sind atmosphärische Eindrücke aus der Perspektive des Zuschauers auf der Tribüne über dem Verhandlungssaal. Seine Kritik am Verlauf des NSU-Prozesses zeigte Günter Wangerin schon durch seine Performance „Parole Einzeltäter!“ vor dem Gerichtsgebäude in der Nymphenburger Straße im Januar 2015. Der Maler, Grafiker, Karikaturist und Aktionskünstler engagiert sich schon lange mit verschiedenen künstlerischen Projekten gegen Rechts.

Im Gespräch hat Günter Wangerin seine Skizzen erläutert: „Die Skizzen aus dem

NSU-Prozess wurden aus einer Vielzahl von Bleistiftzeichnungen ausgewählt, die in der Zeit zwischen Ende 2014 bis heute während der Verhandlung gegen Beate Z. und andere im Gerichtsgebäude an der Nymphenburgerstraße entstanden. Es sind atmosphärische Eindrücke des Prozessgeschehens aus der Perspektive des Zuschauers auf der Tribüne über dem Verhandlungssaal. Für mich als Zeichner

Web-Seite von Günter Wangerin:
www.guenterwangerin.jimdo.com. Alle Bilder
 copyright G. Wangerin 2016

eine Situation, an die ich mich erst gewöhnen musste, weil sich die Agierenden doch in einiger Entfernung befinden, schätzungsweise zwischen 12 und 20 Metern. Menschen aus dieser Distanz aufs Papier zu bringen – die Szene wechselt ja sehr schnell, z.B. bei kurzen Zeugenauftreten – ist nicht ganz einfach. Ich machte jedoch bald die interessante Erfahrung, dass gerade die Distanz das Charakteristische eines Gesichts oder eines Geschehens heraushebt. Ähnlich ging es mir irgendwann auch mit dem im Gerichtssaal Gesprochenen. Aus der Ferne glaubte ich besser zu hören und zu verstehen, was gesagt wurde. Mein Augenmerk lag plötzlich weniger auf

Beate Z. und den anderen Angeklagten. Zunehmend ließ mich aufmerken, was die Bundesanwaltschaft sagte. Wie sie sich festlegte auf die Einzeltäterschaft des Trios, von dem ja zwei tot sind. Es erinnerte mich sehr an die Zeit nach dem Attentat auf das Oktoberfest. Auch damals hatte man sich von Behörden Seite schnell auf einen Einzeltäter, nämlich Gundolf Köhler, festgelegt...“

Während der gut besuchten Vernissage im Kulturhaus Milbertshofen führte Robert Andreasch in die Ausstellung ein. Er ist ständiger Berichterstatter beim NSU-Prozess und bei NSU-Watch, einer Organisation junger Journalistinnen und Journalisten, die sich in sehr verdienstvoller Weise um die Prozessberichterstattung kümmern. Robert Andreasch ist Mitglied der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.) und arbeitet darüber hinaus für mehrere Tageszeitungen und auch für TV. Er schilderte anschaulich, wie Beamte des Verfassungsschutzes als Zeugen die Wahrheitsfindung sabotierten. Häufiges prozesstypische Zitat aus den Zeugenaussagen: „Daran kann ich mich aus heutiger Sicht nicht mehr erinnern“.

Aus der Geschichte Schleswig-Holsteins: Feudale Zeiten im Mittelalter

Die Landesarbeitsgemeinschaft „Kommunistische Politik von unten“ (KPvu) bei der Linken, hat sich auf ihrer Sitzung im März 2017 in Kiel erneut mit der „Geschichte Schleswig-Holsteins“ befasst, dieses Mal vom Mittelalter bis in die Neuzeit. Dabei spielt der Nachbar Dänemark weiterhin eine bedeutende Rolle. Ich gebe hier erneut eine kurze Fassung dieses Vortrages wieder und setze dies demnächst in einem dritten Teil fort.

Gutsherrschaft und Lehnshoheit

Um 1160 werden die im Osten Schleswig-Holsteins, in Wagrien, lebenden slawischen Abodriten, vom Sachsen-Herzog Heinrich dem Löwen, dem dänischen König und dem Schauenburger Grafen Adolf I. vereint geschlagen und ihr Gebiet der schauenburgischen Herrschaft unterstellt. Graf Adolf holt neue Siedler in das Land, erhebt Steuern und Abgaben und verlangt Hof- und Spanndienste von den Neu-Bauern. Wie bereits im ersten Teil beschrieben, entwickelt sich durchgängig eine feudale Guts- und Lehnsherrschaft, die in den nächsten sechs Jahrhunderten auch in den übrigen Gebieten in der Mitte Holsteins und im Süden entlang der Elbe sowie im Königreich Dänemark eingeführt wird.

Grundsätzlich bleibt das Land südlich von Eider und Schlei bis zur Elbe, die Grafschaft Holstein, dem deutschen Kaiser unterstellt, er vergibt es als Lehen. Nördlich dieser Linie, also im Land Schleswig, ist der dänische König der Lehnsherr. Mit wenigen Ausnahmen mussten sich die Herrscher, Grafen und Herzöge an diese Vorgabe halten. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht dauernd versucht hätten, ihre feudalen Ansprüche auszuweiten und in nicht enden wollenden Kämpfen Teile des Landes zu erobern. Dabei spielt es kaum eine Rolle, unter welchem Lehnsherrn sie dies betreiben.

Die Schauenburger gegen Dänemark

Der dänische König Waldemar II., genannt der Sieger, lässt sich 1214 vom deutschen Kaiser Friedrich II. auf dem Hoftag zu Metz „alle Grenzlande jenseits der Elbe und Elde“ zusprechen. Natürlich stellt sich ihm der mächtige Schauenburger Graf Adolf IV. entgegen und findet in der bedeutendsten und siegreichen Schlacht dieser Zeit in Bornhövede 1227 zahlreiche Verbündete unter den norddeutschen Fürsten und Städten und drängt die Dänen zurück über die Eider. Dänemark wendet sich daraufhin der Bildung eines mächtigen Ostseereiches zu, das sich unter Waldemar IV. (genannt „Atterdag“ = es kommt da noch ein anderer Tag) und der politisch klugen Regentin Margarethe I. mit militärischen und heiratsdynastischen Mitteln bald über die Ostsee bis nach Estland erstreckt und schließlich in der „Union von Kalmar“

(1397) auch für Norwegen und Schweden die Herrschaft übernimmt. Leider schwächen die Schauenburger Grafen ihre Position ab Mitte des 13. Jahrhunderts, indem sie ihren holsteinischen Besitz südlich der Eider durch wiederholte Erbteilungen zwischen Brüdern und Verwandten minimieren. 1290 sind es schließlich fünf Teilgebiete in Kiel, Segeberg, Plön, Pinneberg und Rendsburg. Doch auch als Teilgrafschaften schaffen sie es in den folgenden Jahrhunderten wiederholt, sich als stark und mächtig gegen die dänischen Könige zu erweisen. So erreicht der Graf Gerhard III. von Rendsburg („de groote Geert“), eine Vereinigung des gesamten Schleswig-Holsteins als Fahnlehen und, weil er zugleich dänischer Reichsverweser ist, erhält er bis hinauf nach Jütland auch noch dänisch-königlichen Pfandbesitz. 1386 bekommt Graf Gerhard VI. von Holstein-Rendsburg auf dem Reichstag zu Nyborg auf Fünen von der dänischen Königin Margarethe ebenfalls ganz Schleswig und Holstein als Lehen für entsprechende „Treue und Kriegsdienste“ zugesprochen.

1460 bleibt Adolf VIII., Graf von Holstein und Herzog von Schleswig, ohne Nachfolger. Er verzichtet im Vertrag von Ripen zugunsten seines Neffen, des dänischen Königs Christian I., auf beide Erbteile und übergibt das Land einer dänischen „Realunion“. 1474 erhält die „Oldenburger Linie“ der dänischen Könige in Rothenburg ob der Tauber dies durch den Kaiser Friedrich III. noch einmal reichunmittelbar bestätigt. Ab 1490 teilen nun ihrerseits die Oldenburger Brüder Johann und Friedrich die Herrschaft in Dänemark und Schleswig-Holstein, wobei das Haus Gottorf, das sich das gleichnamige berühmte Schloss baut, für den Landesteil Schleswig dauerhaft eine eigene Herrscher-Linie entwickelt. Es entsteht wiederholt eine absolut komplizierte Regelung von Besitz an Ländereien, Rechten, Pflichten und Zuständigkeiten, die, um sie zu verstehen, schon viele wissenschaftliche Sonderstudien hervorgebracht hat. Kurz gesagt: das System ist, wie es

im urchristlichen Glaubensbekenntnis heißt, „so unvermischt wie ungetrennt“, hat aber dennoch zwei Jahrhunderte lang leidlich funktioniert.

Handel und Hanse

Die Landwirtschaft hat während der Herrschaft der Schauenburger Grafen auf Grund neuer ertragreicherer Techniken einen Aufschwung genommen. Dörfliche und lokale Märkte entstehen und der Verkauf regionaler Erzeugnisse wird durch Transithandel über die Ost- und Nordsee gefördert. Neue Straßen zum Salz nach Lüneburg und neue Wasserwege wie der Stecknitz-Kanal zwischen der Trave bei Lübeck und Hamburg an der Elbe werden gebaut. Die Schauenburger lassen planmäßig alte, von den Slawen oft zerstörte Städte neu anlegen (Lübeck und Hamburg), vorhandene kleine Orte vergrößern (Rendsburg, Itzehoe, Flensburg) und völlig neue gründen (Krempe und Neustadt). Diese erhalten Markt-, Zoll- und Stadtrechte (die Stadt Schleswig 1150 als dem ältesten im skandinavischen Raum) oder gar kaiserliche Privilegien (1214 Lübeck durch Kaiser Friedrich II.). Zu ihrem dauernden Schutz schließen die Städte untereinander 1241 ein erstes Bündnis ab, das sie 1358 über 200 Städte im nord- und westdeutschen Raum zum „Bund van der düdeschen hanse“ erweitern.

Ihr genossenschaftlich organisierter Seehandel mit seinen den bisherigen skandinavischen Schiffen überlegenen Koggen und ihr ausgefeilte Buchführungs-, Kredit- und Kommissionssystem, das durch städtische Räte und Patrizier abgesichert ist, verschafft ihnen mehr und mehr Macht. Bald besitzt die Hanse für Stoffe, Felle, Heringe, Holz und Getreide zwischen Nowgorod am La-



Der dänische König Christian I. aus dem „Oldenburger Linie“ (1448-1481) rühmt sich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Wendenland und Schleswig-Holstein zu besitzen. Vor ihm die entsprechenden Wappen.

dogasee und Brügge in Flandern am Atlantischen Ozean das Handelsmonopol. Dabei wird Lübeck in Holstein – ähnlich wie einst Haitabu bei Schleswig für die Wikinger – zum machtvollen Zentrum, das auf Hansetagen auch ohne verfassten Zwang militärische Einsätze planen und durchführen kann.

Für das Königreich Dänemark, das sich gerade im Ostseeraum auszudehnen versucht, wird die Hanse zum erklärten Gegner. Der König muss die einzig befahrbare Route zwischen Nord- und Ostsee über das Skagerrak, vorbei an den zahlreichen dänischen Inseln unter Kontrolle behalten und die Schiffe gewinnbringend mit dem „Sundzoll“ besteuern. Nach langen Auseinandersetzungen mit Waldemar IV. und der Königin Margarethe I., die sich sogar die sogenannten „Vitalienbrüder“ unter dem bekannten Seeräuber Störtebecker zu Hilfe holt, muss sie der Hanse 1370 im Frieden zu Stralsund alle Privilegien belassen. Doch als im Laufe des 15. Jhds. weitere Nationalstaaten im Norden erstarken – neben Dänemark auch Schweden und Russland und im Westen England und die Niederlande – und als schließlich der Welthandel in den Atlantik verlagert wird, beginnt der Niedergang der Hanse. Als Handelshafen für Dänemark und Schleswig-Holstein bleiben Lübeck und Hamburg jedoch weiterhin bedeutend. Immer wieder dürfen die reichen „Pfeffersäcke“ den wachsenden Geldmangel der dänischen Könige wegen ihrer Kriege und dem Schlösserbau auf die Sprünge helfen.

Ritter erkämpfen ein ungeteiltes Schleswig-Holstein

Während in dynastischer oder besser gesagt in verwandtschaftlicher Hinsicht das Königreich Dänemark seit 1460 im wesentlichen die Regentschaft über das gesamte Land Schleswig-Holstein aufrecht erhalten kann, erwächst ihm gleichzeitig in der Ritterschaft ein bedeutender Kontrahent. Der alte Adel in Schleswig und Holstein ist aus den sächsischen Stämmen erwachsen. Nun bildet sich durch Zuwanderung im Rahmen der Kolonisierung im nördlichen Teil, vor allem im Gebiet um Schleswig, ein neuer Adel heraus. Diese Ritter, die für ihren Herzog oder König in kriegerischen Zeiten auf eigene Kosten eine militärische Schutzfunktion erfüllen müssen, verlangen, dass sie selbst von den Steuern befreit werden, Mitspracherecht bei der Entscheidung über Krieg und Frieden erhalten, Teilhabe an den höfischen Ämtern bekommen und persönliches Erbrecht erhalten. Da sie fast alle mit den Adligen im südlich und östlich gelegenen Holstein verwandt sind, entsteht bei Ihnen die deutliche Forderung „dat se bliven evich

tosamende ungedeelt“ – zu deutsch: damit sie auf ewig ungeteilt bleiben. Eine in der Geschichte Schleswig-Holsteins bedeutende Einheits-Forderung, auf die sich spätere Generationen immer wieder berufen werden, bis heute hin. Auch einen Landtag zur gemeinsamen Beratung aller Ritter möchten sie einrichten. Und so geschieht es im Vertrag von Ripen 1460: Wie auch immer die dynastischen Ansprüche und Verwicklungen zwischen Königshaus, Herzögen und Grafen ausgehen, der dänische „Unionskönig“ soll ihnen garantieren, dass beide Teile „op ewig ungedeelt“ bleiben. Und so wird es bestätigt. 1462 tagt in Kiel-Holtenau unter freiem Himmel der erste gemeinsame Landtag der Ritterschaft von Schleswig-Holstein. Bis zur Einführung des Absolutismus von 1665 finden 181 Landtage an wechselnden Orten statt und lassen keine Teilung durch den jeweiligen Landesherr zu.

Reformation

Die Übernahme des neuen protestantischen Glaubens wird in den nordischen Ländern und so auch in Schleswig-Holstein ohne große Komplikationen vollzogen. Nur – wiederum in Dithmarschen – leisten die katholischen Geschlechter Widerstand gegen die neue Glaubensrichtung und verbrennen in Heide auf dem Marktplatz den evangelischen Prediger Heinrich von Zütphen als einzigem Märtyrer im ganzen Land. Das Bürgertum in den Städten stellt sich recht schnell meist per Beschluss auf die Seite der Reformatoren, so in Husum und der Hansestadt Lübeck. Sie werden vom nahegelegenen Wittenberg aus mit Theologen wie Hermann Tast und Johann Bugenhagen versorgt, der auch die einzige theologische Disputation über das Abendmahlsverständnis in Flensburg durchführt. Die Fürsten haben ein Interesse an der Auflösung der Klöster und Orden (den Franziskanern und Dominikanern), die bereits zwischen 1528 und 1533 vollzogen wird. Da die Gutsherren mit dem Patrimoniat eh schon das Recht besitzen, obrigkeitlich die Religion zu bestimmen, werden die Bauern und das „niedere Volk“ in diese Entscheidungen kaum mit einbezogen. König Friedrich I. von Dänemark erlässt 1524 diplomatisch die Verfügung, jeder dürfe seine Religion frei wählen. Aber 1528 erscheint dann doch mit den „Haderslevener Artikeln“ die erste rein Evangelische Kirchenordnung. Ab 1533 fördert Christian III. in Dänemark und Schleswig-Holstein die Ausbreitung des lutherischen Protestantismus und 1542 fallen auf dem Landtag in Rendsburg alle Kirchengüter an den jeweiligen Landesherrn. Die enteigneten Gebäude werden meistens einem nütz-

lichen sozialen Zweck zugeführt und zu Schulen, Kranken-, Siechen- und Armenhäusern umgestaltet. An die Stelle der bisherigen katholischen Bischöfe wird jetzt der Landesherr zum „summus episcopus“ ernannt. Die Kirche wird einem „staatlichen“ Konsistorium unterstellt, das alle Angelegenheiten der Finanzen, der Verwaltung und der Kirchenzucht regelt. Um 1600 ist das Land zwischen Elbe, Nord- und Ostsee total evangelisch-lutherisch.

Der Dreißigjährige Krieg

Die religiösen Glaubensunterschiede zwischen Katholiken und Protestanten haben in den nordischen Ländern bis zu Beginn des 17. Jahrhunderts zu keiner Spaltung der Länder, Staaten und Fürstentümer geführt und die Bewohner von Dänemark und Schleswig-Holstein gegeneinander aufgebracht oder gar vertrieben. Das wird mit Beginn des Dreißigjährigen Krieges anders. Das Streben nach größerer Macht, höheren Souveränitätsrechten und der Einnahme lukrativer Regionen bestimmt nun auch den König von Dänemark. 1625 entschließt Christian IV., sich als Obersten an die Spitze des „Niedersächsischen Kreises“ zu stellen, um gegen die katholische Liga vorzugehen. Erfolglos. 1526 wird er von dem für die „Katholische Liga“ streitenden Tilly bei Lutter am Barenberge nahe Salzgitter vernichtend geschlagen. Danach dringen die katholischen Truppen von Wallenstein mit 50 000 Mann in Schleswig-Holstein ein und stoßen bis nach Jütland in Dänemark vor. Auf dem Wege werden Orte wie Schloss Trittau, Schloss Pinneberg und die Festung Rendsburg ausgehungert oder sie kapitulieren; die Festung Breitenburg wird im Sturm eingenommen, die Festung Glückstadt hat Glück, weil eine Sturmflut sie einschließt.

Daraufhin entsagt Christian IV. allen weiteren Kriegsvorhaben und erhält dafür 1629 im Frieden zu Lübeck seine Besitzungen zurück. Ab 1530 treten nun aber die Schweden in den Krieg ein, dessen König Gustav II. Adolf ein evangelisch-schwedisches Ostsee-Reich errichten will. Er fällt 1632 in der Schlacht von Lützen und die Schweden müssen 1644 in der Seeschlacht auf der Koberger Heide vor Kiel durch die Dänen eine kräftige Niederlage einstecken. Dabei verliert der dänische König nicht nur sein Auge, sondern im Westfälischen Frieden von 1648 auch die beiden Stifte von Bremen und Verden an die Schweden, sowie die Herrschaft über Hamburg. Der Widerspruch zwischen diesen beiden nordischen Ländern wird die nächsten Jahrzehnte und damit auch das Land Schleswig-Holstein bestimmen. *Edda Lechner, Norderstedt*

1958: Die Reform der dänischen Volksschule* – auf dem Weg zu einem einheitlichen Schulsystem

Vor der Reform der dänischen Volksschule im Jahre 1958 hatte die Debatte um die allgemeine Schulpflicht hohe Wellen geschlagen. Ergebnis war die Abschaffung der „Mittelschule“ und eine Aufteilung der Kinder nach der 6. Klasse in einen allgemeinen und einen akademischen Zweig, abhängig vom Leistungsniveau des einzelnen Schülers. 1960 erstellte dann ein Curriculum-Komitee einen Lehrleitfaden, den „Blauen Report“: Zweck der Volksschule solle darin bestehen, „harmonische und glückliche Menschen“ hervorzubringen.

Das politische Schlachtfeld

Das Grundschulgesetz von 1958 ersetzte das Gesetz von 1937. In der pädagogischen politischen Debatte, die dem Gesetz vorausging, ging es um das Thema eines nicht gegliederten Schulsystems. Dabei spielten drei Standpunkte eine Rolle: Die Lehrerorganisationen und die Konservative Partei repräsentierten einen konservativen elitären Blick, sie wollten die differenzierte Schullaufbahn erhalten. Ihre Gegner, die Befürworter der Einheitsschule, folgten dem Ansatz einer Volkshochschule, wie ihn Grundvig formuliert und umgesetzt hat (siehe Begleitprojekte). Anhänger dieser politischen Richtung war der Sozial-Liberale Jørgen Jørgensen (1888-1974), die Sozial-Liberale Partei an sich und die Mehrheit der Liberalen Partei. Teile der Sozialdemokratischen Partei unterstützten die Einheitsschule, wobei sich diese Partei für einen Kompromiss stark machte. Julius Bomholt (1896-1969), eine zentrale Persönlichkeit in der Sozialdemokratischen Partei, war eher auf eine soziale Gleichheit zwischen Stadt und Land aus,

was sowohl im Rahmen des bestehenden gegliederten Schulsystems, als auch durch dessen Abschaffung erreicht werden konnte.

Auf dem Weg zu einer Einheitsschule

Ergebnis der politischen Auseinandersetzung war eine Vereinbarung zwischen den Sozial-Liberalen, den Sozialdemokraten und der Liberalen Partei. Das Grundschulgesetz von 1958 führte somit sowohl zur Abschaffung der Mittelschule wie auch dazu, dass sich die Schulen in der Stadt und auf dem Land anglichen. Die allgemeine Schule bestand nun aus

führten zur Zugangsberechtigung zum dreijährigen Gymnasium, unterschieden nach sprachlichem oder mathematisch-naturwissenschaftlichem Zug. Nach Abschluss des ersten Jahres konnte man dann zwischen verschiedenen Spezialisierungen wählen.

Die Präambel des Gesetzes zur Volksschule

Die Präambel stammte aus dem Grundschulgesetz von 1937 und blieb unverändert. Sie lautete: „Der Zweck der Volksschule ist es, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder zu fördern und zu entwickeln, ihren Charakter zu stärken und



Unterrichtssituation in einer Schule auf dem Lande in Thyborøn, Nord Jütland, Juni 1951.

einer 7- oder 8-jährigen Hauptschule. Im Anschluss daran konnte ein achtes oder neuntes Schuljahr oder eine dreijährige sogenannten „Realschule“ angehängt werden. Diese Aufteilung in die oben erwähnten Zweige, einen allgemeinen und einen akademischen war das Ergebnis des Kompromisses zwischen den verschiedenen Parteien. Beide Wege

ihnen nützliches Wissen zu vermitteln.“ Diese Präambel war bis zum Erziehungsgesetz von 1975 in Kraft. Neue Curricula, „der Blaue Report“ für die Volksschule und „Der Rote Report“ für die Gymnasien, sowie der flächendeckende Neubau von Schulen waren Konsequenzen aus der Reform von 1958.

„Der Blaue Report“ und das Aufkommen der reformistischen Erziehungstheorie

„Der Blaue Report“ wurde 1960-61 veröffentlicht und enthielt verschiedene Bestimmungen, Ratschläge, Anweisungen und Lehrleitfäden für die Schule. Der Report distanzierte sich in gewissem Sinne von der Präambel der Volksschule, indem er deren dort formulierten Zweck der Volksschule betonte. Jene Formulierung sollte eine Warnung davor sein, sich von den tradierten Gedanken und der Praxis der dänischen Schulpädagogik zu verabschieden. Ein spezielles neues Thema, die „Orientierung“ wurde etabliert. Es sollte über das gesellschaftliche Umfeld informieren und Kenntnisse über Berufe, Handwerk und Arbeitsleben sowie über das Familienleben vermitteln. Dadurch waren Kinder mit ihren

„Volkshochschulen in Dänemark – Zwangloses monatelanges Lernen

Die dänischen Volkshochschulen haben mit den deutschen nur den Namen gemeinsam: Für Monate kommen hier junge Leute zusammen. Auf dem Land. Zum zwanglosen Lernen und ganz ohne Abschlusszeugnis. Zweckfreier Zeitvertrieb und dann nicht mal ein ordentlicher Beleg: Was in Deutschland einer mittleren Katastrophe gleicht, ist in Dänemark ganz bewusst Teil der Identitätssuche.

Wo in Deutschland an zehn Abendterminen ein bisschen Spanisch oder Fotografieren gelernt wird, sind die Dänen radikal: Der Mensch braucht Bildung und dafür darf er sich gerne viel Zeit nehmen. Wer in Dänemark eine Auszeit will, im Studium oder nach dem Abitur, der

kriegt sie an einer der Volkshochschulen. Staatlich bezuschusst leben jedes Jahr rund 3500 junge Erwachsenen auf dem Land und lernen, worauf sie eben Lust haben. Die Fächer sind meist künstlerisch und kreativ. Während junge Menschen in Deutschland sich oft sehr beeilen, um von der Schule an die Uni zu kommen, sind die Dänen da deutlich entspannter:

„Nach dem Abitur bin ich viel gereist. Mehrere Gap Years zu nehmen, ist in Dänemark durchaus normal. Hier an der Volkshochschule machte ich mein drittes Gap Year – und es war der letzte Versuch, herauszufinden, was ich eigentlich machen will.“

Zitat aus einem Beitrag im Deutschlandfunk vom 1.8.2015

Bedürfnissen und ihren Voraussetzungen mehr in den Mittelpunkt der pädagogischen Konzepte gerückt. Soziale Kompetenzen, mit anderen leben und Rücksicht auf andere nehmen zu können wurden dadurch zu einem neuen Ausgangspunkt pädagogischer Überlegungen. Es wurde auch betont, dass Schule Kindern die Möglichkeit eröffnen sollte, sich am gesellschaftlichen Leben und der Arbeitswelt zu beteiligen. Dies führte direkt zur Infragestellung von Tests und Leistungsbeurteilung. Die Folge waren neue Arbeits- und Lehrmethoden, neue Schulbücher, audiovisuelle Lehrformen oder auch die Einführung von Gruppenarbeit sowie interdisziplinäre Prozesse als fortschrittliche Arbeitsmethoden.

Die Zeit nach der Reform: Die Einheitschule wird gestärkt und demokratische Kompetenzen betont

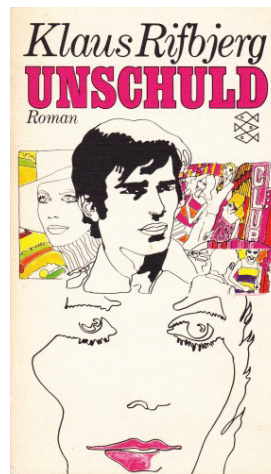
In den sechziger Jahren wurden es üblich, Schulklassen auch nach der 5. Klasse ungeteilt zu lassen. Die Schüler setzten im Allgemeinen ihre Schulbildung nach Abschluss der Pflichtschulbildung fort. Auf der Basis dieser stabilen Normalität wurden 1972 und 1975 neue Reformen auf den Weg gebracht: eine Ausdehnung der Pflichtschulzeit sowie eine Überarbeitung der Lehrinhalte: Die Volksschule bestand nun aus einer neunjährigen Grundschule, einem freiwilligen 10. Schuljahr und einer freiwilligen Kindergartenklasse. Die Schülerinnen und Schüler konnten nach der 8. oder 9. oder der 10. Klasse die Abschlussprüfung ablegen. Mit der Reform von 1975 wurde auch die Präambel geändert: demokratische Kompetenz, Förderung des Lernwillens, Zusammenarbeit zwischen Schule und Zuhause u.a. wurden aufgenommen, aber ohne konfessionelle Bindung an die Nationalkirche. Das Gesetz ermöglichte die Aufteilung der Schüler in einen allgemeinen (sprich: einfacheren) und einem fortgeschrittenen Zweig in Mathematik, Physik und Fremdsprachen. Diese verschiedenen Zweige wurden 1993 mit einer weiteren Reform abgeschafft. Man kann also davon sprechen, dass die Volksschule zu einer einheitlichen Schule wurde, die auf der Differenzierung der Bildung und Erziehung aufbaut, mit dem Ziel, sie an die individuellen Fähigkeiten des einzelnen Schülers anzupassen.

Pia Bang Jensen, Kopenhagen

* Anm. der Übersetzerin (aus dem Englischen): Der Originalbegriff bei Pia lautet „folkeskole“ – der deutsche Begriff „Volksschule“ ist zwar im deutschen Sprachraum speziell konnotiert, bei der Übersetzung hab ich mich dennoch dafür entschieden, weil es m.E. den dahinter stehenden Gedanken am besten wiedergibt (alternativ wären: „Öffentliche Schule“ oder „Allgemeine Schule“ oder „Grundschule“ gewesen – was aber zu entsprechenden anderen Konnotationen geführt hätte), Eva Detscher, Karlsruhe

Romanliteratur aus der Zeit der Reform

Klaus Rifbjerg (geb. 1931, gest. 2015): Sein erster Roman erschien 1958, „Den kroniske uskyld“ (auf Deutsch zunächst unter dem Titel „Der schnelle Tag ist hin“, dann „Unschuld“). „Er wirkte wie eine Bombe. Eine Mutter, die den Verlobten der eigenen Tochter verführt, worauf die Tochter Selbstmord begeht – das war ein bisschen viel für die dänischen Leser. Man stritt über die flapsige Sprache, über



www.eurobuch.com/buch/isbn/3436013196.html

Moral und Unmoral, Dramatik und Melodramatik. Unübersehbar stand die amerikanische Literatur Pate, allen voran Salingers „Fänger im Roggen“ (NZZ 27.4.2015). Ein psychologischer Entwicklungsroman – man erhält einen Eindruck von den engen Lebensverhältnissen von Jugendlichen in Dänemark in den 1950er Jahren.

Buchempfehlung
von Pia Bang Jensen,
Eva Detscher

Nicolai Severin Frederik Grundtvig, 1783–1845

Nicolai Severin Frederik Grundtvig hat eine durchaus buntscheckige Rezeptionsgeschichte.* Auch die Nazis haben sich, das sei gleich vorweg gesagt, zuerst positiv auf ihn bezogen, später aber, auch weil er „Deutschenhasser“ war, von ihm distanziert.

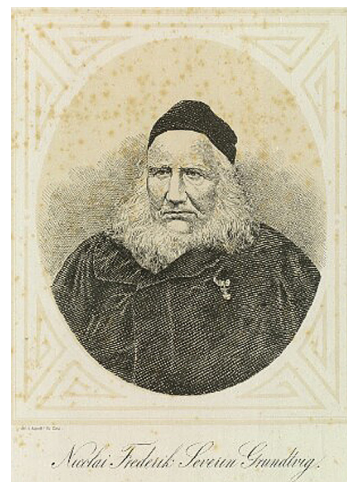
Grundtvig, 1783 in Udby/Dänemark geboren, wird je nach Bedarf als Schriftsteller, Dichter, Pädagoge, Politiker und einiges mehr eingeordnet. Man kann wohl sagen, dass er die gedanklichen Bewegungen seiner Zeit, den Rationalismus und die Aufklärung aufgenommen, und in seinem Leben durchaus starke Wandlungen in Anschauungen und eigener Praxis durchgemacht hat, nicht zuletzt bedingt durch eine Reihe von Studienreisen nach England.

Seine politischen und pädagogischen Anschauungen haben stark auf die dänische Entwicklung und ihre tief verwurzelten Bestände von Praktiken und Sichtweisen gewirkt. Noch in der Rolle des Pfarrers fasst er seine gewandelten Auffassungen in dem Grundsatz zusammen: Menneske først og kristen så (Zuerst Mensch und dann Christ).

In der Folge setzt er sich für Schul- und Religionsfreiheit ein, unterstützt die sich formierende Frauenbewegung. Eigentliches Anliegen ist ihm aber die Liberalisierung des sozialen Lebens, man würde heute sagen, er verfocht einen emanzipatorischen Ansatz. Nach dem verlorenen Deutsch-Dänischen Krieg tun sich in den folgenden politischen Auseinandersetzungen hierfür Räume auf.

zungen hierfür Räume auf.

Dänemark ist in dieser Zeit ein Agrarland, 97% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Ihr Zugang zu Bildung ist schwierig, wird staatlich nicht gefördert. Grundtvigs pädagogisches Konzept geht von der Praxis der Menschen aus, anhand derer selbständiges Denken gefördert werden soll, Noten sind nicht vorgesehen. Die Didaktik ist auf Dialog angelegt, nicht auf Vortrag. Selbständigkeit und Geschichtsbewusstsein sollen



Selbstvertrauen und – Bewusstsein stärken, eine breite Allgemeinbildung die Teilhabe am politischen Leben fördern, die Internatsform soziales Verhalten ausbilden. 1844 wird in Rødning die erste Heimvolkshochschule eröffnet. Sie breiten sich über Dänemark aus und haben bis heute Bestand.

Als Folge der ersten Heimvolkshochschulen kann eine Verbesserung der Anbau- und Züchtungsmethoden beobachtet werden, Genossenschaften werden gebildet, die Ausfuhr auf den englischen Markt nehmen stark zu. Die Produktivität steigt deutlich über die der deutschen Landwirtschaft. Wohl auch einer der Gründe für die ersten Blicke des südlichen Nachbarn auf die dänischen Heimvolkshochschulen, die dann vor allem in Norden Deutschlands auch gegründet werden und übrigens ebenfalls bis heute in einer bunten Vielfalt präsent sind.

Rolf Gehring, Brüssel

* Norbert Vogel: Grundtvigs Schulgedanken aus deutscher Sicht – <http://ojs.statsbiblioteket.dk/index.php/grs/article/viewFile/16026/13868>. Abb.: <http://www.kb.dk/images/billed/2010/okt/billeder/subject2251/da/>

Inhalt

Aktuelles

Großbritannien vor der Unterhauswahl • Bundeswehr und Wehrmachtstradition? • Mannheim: Das kurdische Flaggenverbot, der DGB • EU Kommission fördert Schwarzarbeit und Briefkastenfirmen • Knappe Mehrheit für „Trumpcare“ • Soziale Säule

Frankreich nach der Präsidenten- und vor der Parlamentwahl

Die Türkei nach dem Referendum

Auslandsnachrichten

Sozialdumping im europäischen Straßen-transport • Schweiz: Abschaffung der Arbeitszeiterfassung • Großbritannien: BMW-Beschäftigte im Streik • Schweden: Hotelstreik abgewendet • Türkei: Freilassung von Zeynep Çelik jetzt • Kasachstan: Unterdrückung gegen Gewerkschaften • Somalia: Angriffe auf Journalisten und Gewerkschafter • Madagaskar: Entlassungen wegen Gewerkschaftsbeitritt • USA: Solidarische Aktion mit VW-Beschäftigten • Brasilien: IG Metall unterstützt Generalstreik • IGB solidarisch mit palästinensischen Gefangenen

Aktionen ... Initiativen

Medienfreiheit in Demokratien bedroht • Eutelsat will auf Befehl Erdogans weitere kurdische Fernsehsender sperren • Deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien • Keine Erweiterung polizeilicher Befugnisse in der DNA-Analyse! • Bundeswehr muss endlich konsequent gegen Nazis in den eigenen Reihen vorgehen • Kein Ausnahmezustand in Hamburg während des G20-Gipfels! • Arbeiter*innen in adidas-Fabrik wegen Streik für Mindestlohn entlassen!

Schleswig-Holstein hat gewählt

Das geht auch Vegetarier und Veganer an

Plädoyer für das Fleischversorgungszentrum Mannheim, über dessen Liquidierung der Gemeinderat demnächst zu entscheiden hat

Thema: Kommunale Wirtschaft

Nach Einführung des Mindestlohns: Umwandlungen von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben sich verdoppelt

Köln: Eindrucksvolle Proteste gegen den AfD-Parteitag

Alice Weidel schürt Islamfeindschaft in AfD-ferneren Milieus • Widerstand gegen bundesweiten Naziaufmarsch am 3. Juni in Karlsruhe formiert sich

Skizzen von Günter Wangerin – Bilder aus dem NSU-Prozess

Aus der Geschichte Schleswig-Holsteins: Feudale Zeiten im Mittelalter

Kalenderblatt 1958: Reform der dänischen Volksschule

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in acht Wochen am 6. Juli 2017. Redaktionsschluss: Freitag, 30. Juni. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2017: 6. Juli, 3. Aug., 31. Aug., 12. Okt., 9. Nov., 7. Dez.

Streitschrift: Europa geht auch solidarisch!

2016 hat eine Gruppe von Autorinnen und Autoren, die in der Bandbreite rot-rot-grüner Positionen gegen Nationalstaat und für europäische Lösungen Stellung beziehen eine „Streitschrift“ unter dem Titel: „Europa geht auch solidarisch!“ herausgegeben. (VSA-Verlag, Hamburg 2016). Zu den Autorinnen und Autoren gehören u.a.: Klaus Busch, Axel Troost, Gesine Schwan, Frank Bsirske. Zusammenfassend schreiben sie: Rechte und linke Kritikerinnen und Kritiker sehen „... oft nur noch eine Lösung: Rückkehr zum Nationalstaat bzw. Auflösung und Rückbau des Euros. Die Autorinnen und Autoren dieser Streitschrift vertreten die Position, dass die politischen und ökonomischen Risiken dieser Lösung ausgeblendet werden. Sie treten stattdessen dafür ein, dass die progressiven Kräfte mit einer alternativen Wirtschaftspolitik, einer Ausgleichunion, einer gemeinsamen Schuldenpolitik, einer europäischen Sozialunion sowie mit einer demokratisch gewählten und kontrollierten Europäischen Wirtschaftsregierung ein anderes Modell durchsetzen: ein solidarisches Europa ist möglich!“

Die Streitschrift beginnt mit der Kritik am Versagen der EU, eine gemeinsame Flüchtlingspolitik zu entwickeln. Eine solche Politik sollte mindestens folgende Bestandteile beinhalten: eine deutliche Erhöhung des europäischen Beitrags zur UNHCR für eine internationale Lösung, die Schaffung legaler Zugangswege zur EU und die finanzielle Absicherung der Aufnahme der Geflüchteten durch die Mitgliedsländer der EU durch ein europäisches Fondssystem.

In einem weiteren Kapitel werden die Konstruktionsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion untersucht. In einer fundierten Kritik der verschiedenen

auch in Teilen der Linken kursierenden Euro-Exit-Szenarien wird sodann nachgewiesen, dass alle diese Vorschläge zur Rückkehr zu flexiblen oder stufenflexiblen Wechselkursen die Lage insbesondere für die wirtschaftlich schwächeren Länder nur verschlechtern werden.

Die Streitschrift mündet schließlich in der Forderung nach „sechs Säulen einer radikalen Euro-Reform: Mehr Europa, aber anders.“ (S. 53 ff) Diese „solidarische europäische Transfer-, Sozial- und Finanzmarktpolitik“ sollte auf folgenden Bausteine aufbauen: einer neuen europäischen Wirtschaftspolitik, die über Investitionsprogramme den wirtschaftlichen Aufbau fördert, einer

„Ausgleichunion“ gegen die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte der Mitgliedsländer, einer gemeinsamen Schuldenpolitik mittels Eurobonds, einer „europäischen Regulierung der Sozialpolitiken“, um das System der „Wettbewerbsstaaten“ zu überwinden, einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte und schließlich einer „demokratisch legitimierte und kontrollierten Europäischen Wirtschaftsregierung“. Als Basis der neuen „sozialen Säule“ sehen die AutorInnen eine europäische Arbeitslosenversicherung.

Jeder einzelne Punkt erfordert intensive sachliche Klärung und Auseinandersetzung über politische Ziele. Ein Verdienst der Streitschrift ist, in kurzer und konzentrierter Form die verschiedenen Fäden der Krise der EU und der Währungsunion zusammengetragen zu haben. Offen bleibt, ob und wie sie von den Parteien, insbesondere zunächst der Linken, aufgenommen und in den notwendigen Prozess der Entwicklung einer EU-Reformpolitik einbezogen werden.

Christoph Cornides, Mannheim



Informationen zur Sommerschule 2017 in Erfurt: Beginnt am Do, 10.8. (14 Uhr), und dauert bis Sa., 12.8.2017 (17 Uhr). Wir tagen in der „JH Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 5 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. **Die Kosten für Ü/F** betragen voraussichtlich **37 Euro/Tag und Person**. (Hinweis: Die Erhöhung der Ü/F-Kosten werden mit dem Luther-Jahr begründet und sind auf das Jahr 2017 begrenzt. Möglicherweise erhalten wir jedoch den alten Preis.) Bettwäsche ist vorhanden, **bitte Handtücher mitbringen**. Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden. – Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um **Anmeldungen bis 22. Juli** (Hinweis: Wegen eigenen Urlaub bitte Frist unbedingt einhalten!) **und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805**.

Die thematische Planung ist noch nicht abgeschlossen. Ausführliche Information in der nächsten Ausgabe der PB, die urlaubsbedingt erst am 6. Juli erscheinen.